



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber begrüsst die Stadt- und Gemeinderäte, die Gäste und die Pressevertreterinnen zur dritten Sitzung im Jahr 2012. Langenthal habe ein bewegtes Wochenende hinter sich. Der Anlass "Langenthal bewegt" vom 5. - 8. Mai 2012 sei ein Fest der Bewegung und der Begegnungen mit Menschen und habe zudem eine präventive Wirkung auf die Gesundheit.

Gesundheit sei keine Selbstverständlichkeit, was häufig erst richtig bewusst werde, wenn es um die Gesundheit nicht so gut stehe. An dieser Stelle wünsche sie Herrn Stadtschreiber Daniel Steiner und Herrn Stadtrat Rudolf Lanz, welche aus gesundheitlichen Gründen einen Marschhalt einlegen, im Namen des Stadtrates gute Besserung.

Auch Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst entschuldige sich, an der heutigen Sitzung wegen einer Erkältung nicht anwesend sein zu können.

Für den super Sportanlass "Langenthal bewegt" danke sie allen Verantwortlichen des Organisationskomitees, dem Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) und besonders der Ressortvorsteherin für Sport, Frau Gemeinderätin Paula Schaub-Holt, herzlich für die grosse Arbeit. Allen Mitwirkenden gebühre ebenfalls Dank und ganz besonders den Frauen, da es in diesem Jahr um "Frauenpower" gegen "Männerenergie" gehe. Die Frauen seien allerdings gefordert, morgen noch tüchtig aufzuholen.

Unter den Gästen befinde sich heute der neue Leiter des Amtes für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS). Herr Peter Moser habe seine Tätigkeit im ABiKuS am 1. April 2012 aufgenommen. Herrn Peter Moser wünsche sie sehr viele interessante Aufgaben und besonders viel Freude an der neuen grossen Herausforderung.

Zwei Kolleginnen dürfe sie zu freudigen Ereignissen gratulieren: Frau Stadträtin Nathalie Scheibli habe ihren langjährigen Lebenspartner geheiratet. Frau Nathalie Scheibli und ihrem Mann wünsche sie weiterhin alles Gute und viel gegenseitiges Wohlwollen auf dem gemeinsamen Weg. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst habe mit der Geburt ihrer Tochter Nives am 18. März 2012 eine neue Lebensaufgabe erhalten. Der kleinen neuen Langenthalerin wünsche sie alles Gute auf dem Lebensweg und deren Eltern viel Freude an der Begleitung ihrer Tochter. Ein kleines, neues, gesundes Leben sei ein grosses Wunder und nicht selbstverständlich.

Der Protokollführerin Gaby Heiniger danke sie für das Verfassen des insgesamt 47-seitigen Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. Februar 2012, worin 25 Seiten allein das Traktandum Nr. 1 "Sanierung Stadttheater Langenthal; Grundsatzfragen zum weiteren Vorgehen; Beschluss" betreffen.

Sie erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **38** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend¹
- **1** Mitglied des Stadtrats ist entschuldigt abwesend
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst und Herr Stadtschreiber Daniel Steiner sind entschuldigt abwesend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **38** und ab 19.50 Uhr sind **39** Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



1. Schulzentrum Elzmatte, Bettenhölzliweg 10; Sanierung Lehrerzimmer sowie Sanierung und Umnutzung der Hauswartwohnung für schulische Zwecke; Projektgenehmigung und Bewilligung Investitionskredit

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Betreffend den von Frau Stadtratspräsidentin Beatrice Greber in der Sitzungseröffnung erwähnten Marschhalt von Stadtschreiber Daniel Steiner erlaube er sich eine Vorbemerkung: Herr Stadtschreiber Daniel Steiner habe sich Ende letzter Woche einem geplanten operativen Eingriff im Nackenbereich unterzogen. Herr Stadtschreiber Daniel Steiner lasse ausrichten, dass die Operation gut verlaufen sei und dass er alle grüsse. Im Namen aller Anwesenden wünsche er Herrn Stadtschreiber Daniel Steiner gute Erholung.

In der Vorlage gehe es um Verbesserungen des Infrastrukturbereichs im Schulzentrum Elzmatte. Die Verbesserung betreffe für einmal nicht direkt den Schulzimmerbereich, sondern die Räumlichkeiten der Lehrer, wofür ein Investitionskredit in der Höhe von Fr. 250'000.00 beantragt werde.

Die im Schulzentrum Elzmatte bestehende Hauswartwohnung werde nicht mehr als Dienstwohnung benötigt, was im Übrigen mit Ausnahme "Hard" auch in den anderen Schulzentren der Fall sei. Die den Schulleitern und Lehrpersonen heute zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten seien nebst ihres sehr knapp bemessenen Umfangs auch sanierungsbedürftig. Aus diesen Gründen habe der Gemeinderat das Stadtbauamt in Zusammenarbeit mit der Schulleitung beauftragt, eine Lösung zu erarbeiten, um die bisher als Wohnung benützten Räumlichkeiten zukunftsorientiert, bedarfsgerecht aber auch kostengünstig in Lehrerbereiche umzugestalten.

Die wichtigsten Elemente des vorliegenden Projekts seien die Sanierung und die Umgestaltung des heute bestehenden Lehrerbereichs, als auch die Umnutzung und die Sanierung der unmittelbar an den Lehrerbereich angrenzenden Räumlichkeiten der Hauswartwohnung in einen Lehrerbereich. Mit geplanten Besprechungs- und Arbeitsräumen soll Raum geschaffen werden, um der Lehrerschaft die nötigen Voraussetzungen zu bieten, sich auf einen optimalen Schulunterricht vorbereiten zu können. Mit der Einrichtung von Besprechungszimmern werde die erforderliche Persönlichkeitssphäre gewahrt, so dass Gespräche unter diversen Anspruchsgruppen künftig ungestört durchgeführt werden können. Geplant sei auch Raum für die Mittagsverpflegung von Lehrkräften zu schaffen, da einige Lehrkräfte gemäss ihrer Tagesorganisation die Mittagszeit im Schulzentrum verbringen, womit das Bedürfnis nach einem zweckmässig eingerichteten Verpflegungsraum mit einer einfachen Kochmöglichkeit bestehe. Geplant sei auch der Einbau einer behindertengerechten Sanitärzelle im heutigen Badbereich der Hauswartwohnung. Zur Umsetzung der Nutzungsabsichten seien diverse Aus- und Durchbruchsarbeiten sowie Kernbohrungen notwendig.

Die Massnahmen seien mit der Schulleitung abgesprochen, womit die künftig zur Verfügung stehenden Räume dem geforderten Raumbedürfnis entsprechen und dieses erfüllen. Alle Räume werden eine komplette Innensanierung erfahren. Alte Schrankeinbauten und übrige Einbauten werden entfernt und durch funktionale neue Einrichtungen ersetzt. Die Sanitär- und Elektroinstallationen werden angepasst und wo nötig erneuert. Letztlich werde zum Teil auch die Möblierung ersetzt. Anlässlich der letzten Begehung habe er festgestellt, dass das Mobiliar noch aus Schreibtischen bestehe, die vor 20 Jahren schon als Occasionen gegolten haben.

Die bestehenden und teilweise undichten Fenster der Westfassade würden einen bestrittenen Punkt in der Vorlage darstellen. Im Zuge der Sanierungsplanung habe sich die Frage gestellt, ob dieser Fensterbereich erneuert oder nur repariert werden soll. Konsequenterweise seien Fenster dann zu ersetzen, wenn bei einem Gebäude die Aussenhaut erneuert werde. Bei Aussenhautsanierungen gehe es auch um die Isolationen und somit auch darum, eine dazu passende und entsprechende Fenstermontage vorzunehmen. Da keine Aussenhauterneuerung geplant sei, sei kein Fensterersatz ins Projekt aufgenommen worden, zumal von Fachleuten bestätigt worden sei, dass eine Reparatur der Fenster möglich sei.



Der Fensterersatz werde im Rahmen der Umsetzung der Gesamtsanierung des Schulzentrums Elzmatte - welche im Investitionsplan enthalten sei - ins Auge gefasst. Mit dieser Entscheidung könne verhindert werden, dass bei der kommenden Sanierung etwas montiert werde, was bei der Gesamtsanierung allenfalls nicht passen könnte.

Wenn dem Projekt und dem Kredit zugestimmt werde, sei mit der Realisierung in zirka einem halben Jahr zu rechnen. Bis dahin werde an der Detailplanung gearbeitet, das Baubewilligungsverfahren durchgeführt und die Arbeitsvergaben vorgenommen. Die Zustimmungen (ohne Gegenstimmen) der Finanzkommission als auch der Bau- und Planungskommission seien vorliegend.

Pierre Masson, GPK-Vizepräsident: Die Geschäftsprüfungskommission habe das Geschäft auf mögliche formelle Fehler und Ungereimtheiten hin überprüft. Die Geschäftsprüfungskommission habe weder Fehler noch Ungereimtheiten gefunden und stelle fest, dass die Unterlagenzustellung pünktlich und die Aktenaufgabe vollständig erfolgt sei. Die Dokumentation sei klar und übersichtlich aufgearbeitet und die Haltung des Gemeinderates sei klar ersichtlich. An dieser Stelle danke er allen, die an der Vorlage mitgearbeitet haben. Die Geschäftsprüfungskommission habe aber trotzdem zwei Punkte aufgegriffen:

- Die Geschäftsprüfungskommission habe diskutiert, ob in Bezug auf die Fensterthematik allenfalls Überlegungsfehler gemacht worden seien. Wie Stadtpräsident Thomas Rufener aber bereits ausgeführt habe, könne der Entscheid mit der späteren Gesamtsanierung begründet werden.
- Auf die Frage, ob die Volksschulkommission in die Planung hätte miteinbezogen werden sollen, sei die Geschäftsprüfungskommission umgehend und kompetent informiert worden, dass die Volksschulkommission bei baulichen Geschäften gemäss Art. 20 des Reglementes über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004, in Kraft seit 1. Januar 2005, nicht involviert werde.

Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage (einstimmig, bei 1 Abwesenheit).

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion werde dem Geschäft zustimmen, obwohl in der EVP/glp-Fraktion ein paar Punkte diskutiert worden seien:

- Auch die EVP/glp-Fraktion erachte es als fraglich, die bestehenden Fenster noch auszubessern und neu zu streichen. Einerseits werde der Dämmwert damit nicht besser und andererseits werden die Fenster in zirka drei Jahren ohnehin ersetzt. Demgemäss stelle sich die Frage, ob dieses Vorgehen das Geld wert sei, oder ob es nicht gescheiter wäre, für diesen Gebäudeteil - der für sich alleine eine Einheit darstelle - bereits eine fertige Lösung zu suchen. Was die Gesamtsanierung alles beinhalten werde, sei zwar zur Zeit noch offen, dass sie aber kommen werde, stehe bereits heute deutlich fest. Bei einer Waschbetonfassade, wie dies beim Gebäude des Elzmatte-Schulzentrums der Fall sei, werde zudem eine Aussenisolation eher nicht zum Zuge kommen, so dass eine Innenisolation ziemlich gegeben sei.
- Die EVP/glp-Fraktion habe auch die notwendige und kostenverursachende Flickerei des undichten Flachdaches diskutiert. Auch bei diesem Punkt stelle sich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, das Flachdach neu zu machen, zumal es in drei, vier Jahren ohnehin neu gemacht werden müsse. Die Qualität der Neuerung wäre in fünf Jahren nicht schlechter oder anders. Auch wenn auf dem Nebengebäude später eine vielleicht andere Lösung getroffen würde, stelle das Ganze eine Einheit dar.

Die EVP/glp-Fraktion erkenne den Handlungsbedarf für die Sanierung und Umgestaltung und somit die Platzbedürfnisse der Lehrer. Mit der Vorlage werde die Arbeitsplatzqualität der Lehrkräfte verbessert. In einem guten Arbeitsplatzumfeld eine gute AVOR machen zu können, wirke sich auch auf die Unterrichtsqualität aus. Mit dem bereits erwähnten Mittagstisch bestehe für Lehrer zudem die Möglichkeit, sich zeitsparend zu verpflegen.



Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion werde der Sanierung und der Umnutzung der Hauswartwohnung im Schulzentrum Elzmatte zustimmen.

Das Schulzentrum Elzmatte platze wirklich aus allen Nähten, so dass Korridore oft bereits zu Arbeitsräumen umfunktioniert werden. Die Zeiten hätten sich geändert, was sich darin zeige, dass heute nicht die ungehorsamen und frechsten Schüler vor die Türe müssen, sondern die besonders fleissigen, die sich selbstständiges Arbeiten gewöhnt seien und die den Schulstoff begriffen haben. Auch die Lehrerschaft unterrichte heute mit anderen Mitteln als früher. Mit ict4kids kommen neue elektronische Lehrmittel zum Einsatz. Zur Vorbereitung auf den Unterricht benötige deshalb auch die Lehrerschaft entsprechende Arbeitsplätze.

Die Umnutzung der ehemaligen Hauswartwohnung sei sinnvoll, zumal die Wohnung für eine Familie ziemlich klein sei und die meisten Hauswarte heute Wohneigentum besitzen und nicht in der Hauswartwohnung wohnen möchten.

Was das Wort "Sanierung" in der Vorlage zu suchen habe, sei für die SP/GL-Fraktion nicht erkennbar. Ein neuer Pinselanstrich, eine neue Lampe und neue Teppiche seien noch lange nicht als Sanierung zu bezeichnen. Für diese Arbeiten wäre wahrscheinlich auch keine aufwändige Planung notwendig gewesen.

Persönlich könne er überhaupt nicht nachvollziehen, weshalb die undichten Fenster nicht endlich ersetzt werden. Seiner Meinung nach sollte ein solches Vorhaben auch hinsichtlich einer Gesamtsanierung konzeptionell angegangen werden. Er erachte es als frustrierend, wenn die neuen Wandanstriche und Bodenbeläge durch eindringendes Wasser beeinträchtigt würden. Spätestens wenn sich die Raumbenutzenden über faulige und schimmelige Ecken und Böden beschwerten und befürchten, gesundheitliche Schäden davon zu erleiden, werde sich das Stadtbauamt durch das Versäumnis und von den damit einhergehende Mehrkosten eingeholt sehen müssen. Das Projekt sei nicht nur auf das absolut Notwendigste reduziert worden, da seiner Ansicht nach das Notwendigste weggelassen worden sei.

Aus synergie- und bautechnischen Gründen werde er diesem Vorgehen persönlich nicht zustimmen **und beantrage deshalb, die Sanierung mit dem Ersatz der Fensterfront an der Westfassade entsprechend der Variante 1 (gemäss Bericht und Antrag des Stadtbauamtes, Fachbereich Hochbau vom 1. November 2011, Punkt 6.1 und Punkt 6.5) zu ergänzen.** Damit würden die alten und undichten Fenster ersetzt.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion habe die entsprechenden Räume im Schulzentrum Elzmatte besichtigt und sich die ganze Situation von Herrn Martin Imobersteg erläutern lassen. Die SVP-Fraktion komme zum Schluss, dem Projekt in der vorliegenden Form zustimmen zu können.

Die Umnutzung diene der Lehrerschaft für Vorstellungs- und Schülergespräche, zur Vorbereitung auf den Unterricht und als Mittagsraum. Die geplante Umgestaltung sei mit den Lehrkräften abgesprochen worden und werde in den nächsten Jahren eine brauchbare Lösung darstellen.

Der SVP-Fraktion sei bewusst, dass die Vorlage keine Luxusvariante darstelle, sondern dem wirklichen Gebrauch diene. Der Kostenvoranschlag mute bei genauerer Betrachtung etwas sportlich an. Diesen einhalten zu können, werde mit gewissen Anstrengung verbunden sein.

Die grosse Sanierung des Schulzentrums Elzmatte (40-jähriges Gebäude) sei im Jahr 2018 vorgesehen. Wenn die Fenster unterhalten würden, indem die Löcher für die interne Entwässerung geputzt und etwas aufgefräst würden, könnte das Wasser bei Schlagregen besser abfließen. Mit dichten Gummidichtungen liesse sich zudem auch verhindern, dass Wasser eindringe. Darüber - ob diese Verbesserungen in der vorliegenden Sanierung oder im Zuge der Gesamtsanierung in fünf Jahren besser durchzuführen seien oder nicht - lasse sich nur spekulieren. Angesichts der vorgesehenen Gesamtsanierung in ein paar Jahren, in welcher die Details bekannt sein werden, mache es Sinn, die Fenster erst dann zu machen, um nicht in fünf Jahren in die Situation zu geraten, die Details an die Fenster anpassen zu müssen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Peter Moser, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion habe einstimmig beschlossen, dem Kredit von Fr. 250'000.00 für die Sanierung des Schulzentrums Elzmatte und die Umnutzung der Hauswartwohnung zuzustimmen.

In der Bau- und Planungskommission sei in der Beratungsphase von Seiten der FDP die Frage aufgeworfen worden, ob der neue Aufenthaltsraum nicht eher als Mittagstisch genutzt werden könnte, auch wenn die räumlichen Verhältnisse dafür nicht üppig vorhanden seien. Der Nutzungsentscheid sei dann aber prioritär zu Gunsten der Lehrerschaft ausgefallen. Die FDP/jll-Fraktion hoffe nun, dass die Annehmlichkeiten dazu führen, dass die Elzmatte nach der Sanierung punkto Infrastruktur ein attraktiver Arbeitsort für Lehrerinnen und Lehrer sein werde, der sich entsprechend positiv auf die Qualität kommender Langenthaler Lehrkräfte auswirken werde. Der FDP/jll-Fraktion sei klar, dass heute in jeder Branche die guten oder besten Leute nur rekrutiert werden können, wenn ihnen mehr als nur das Minimum geboten werde.

Eine weitere Schule werde ohne Abwart sein. Nur im Schulzentrum Hard wohne noch ein Abwart. Die FDP/jll-Fraktion Langenthal bedaure diese seit längerem einsetzende und offenbar nicht aufzuhaltende Entwicklung ausdrücklich. Ein Hauswartpaar sei erfahrungsgemäss die Seele einer Schulanlage und die Anlaufstelle en passant bei kleineren und fast täglich auftretenden Problemen einzelner Schüler. Zudem stelle das Hauswartehepaar eine spontane Disziplinierungsstelle bei keimenden ersten Übertretungen in Ordnungs- und Anstandsfragen dar. Weiter sei das Hauswartpaar ein guter Schild gegen Vandalismus, weil gewisse Burschen nicht einfach davon ausgehen können, dass ihre Taten unbeobachtet bleiben. Überspitzt ausgedrückt handle es sich um ein kleines Mosaiksteinchen in der Entwicklung.

Das Traktandum Nr. 2 der heutigen Sitzung wäre vielleicht noch kein Thema, wenn die Schulhäuser weniger anonymisiert wären, weil noch engagierte und psychologisch etwas geschickte Hauswarte in der Anlage wohnen würden.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat sei bei diesem wie bei anderen Projekten davon ausgegangen, das Projekt möglichst einzugrenzen und kostengünstig zu gestalten, um das gesetzte Ziel zu erreichen, den Lehrerbereich in der Elzmatte zu verbessern. Es sei nicht selten so, dass in Diskussionen im Parlament gefordert werde, das Eine oder Andere anders zu planen.

Im vorliegenden Fall sei beispielsweise die Sanierung des Flachdachs angesprochen worden, da es ja sowieso saniert werden müsse. Die Sanierung des Flachdachs sei in der Investitionsplanung enthalten. Die Sanierung werde nun aber halt nicht mit dem geplanten Umbau koordiniert vorgenommen. Selbstverständlich könnte die Dachsanierung und vieles andere auch - quasi die Gesamtsanierung - in das Projekt integriert werden, womit auch bekannt wäre, welche Fenster montiert werden sollen.

Der von Stadtrat Samuel Köhli gestellte Antrag betreffend den Ersatz der Fensterfront an der Westfassade sei mit Mehrkosten von Fr. 34'000.00 verbunden und erfordere eine entsprechenden Anpassung der zu bewilligenden Investitionskreditsumme.

Über die Qualität der Fenster lasse sich immer geteilter Meinung sein. Das vorliegende Projekt basiere auf Überlegungen von Fachleuten. Über den Standard - wie das Schulzentrum Elzmatte schlussendlich gesamt-saniert werden soll - sei im Stadtrat noch nicht gesprochen worden. Das Thema werde jedoch bestimmt noch zu reden geben, zumal betreffend den Gebäudestandard noch einige offene Fragen im Raum stehen. Unter Traktandum Nr. 7 (Mitteilungen des Gemeinderates) der heutigen Sitzung werde er kurz über den Gebäudestandard 2011 informieren.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadtrat Samuel Köhli, die geplante Sanierung mit dem Ersatz der Fensterfront an der Westfassade entsprechend der Variante 1 (gemäss Bericht und Antrag des Stadtbauamtes, Fachbereich Hochbau vom 1. November 2011, Punkt 6.1 und Punkt 6.5) zu ergänzen und die damit verbundenen zusätzlichen Kosten von Fr. 34'000.000 zu Lasten der Investitionsrechnung zu genehmigen.

- **Der Stadtrat lehnt den Antrag von Stadtrat Samuel Köhli** mit 26 Stimmen Nein gegen 2 Stimmen Ja (bei 10 Enthaltungen) ab.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Das Projekt für die Sanierung des Lehrerzimmers sowie die Sanierung und Umnutzung der ehemaligen Hauswartwohnung für schulische Zwecke des Schulzentrums Elzmatte, Bettenhölzliweg 10, wird genehmigt.**
2. **Der erforderliche Gesamtkredit in der Höhe von Fr. 250'000.00 (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 663.503.08, bewilligt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. **Postulat Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal (erheblich erklärt am 2. April 2007); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Das am 18. Dezember 2006 eingereichte Postulat habe einen langen Weg hinter sich. Die Haltung gegenüber dem Thema sei gemäss den im Jahr 2007 durchgeführten Umfragen eher ablehnend gewesen. In der von Frau Salome Baltisberger letztes Jahr geschriebenen Bachelorarbeit, welche auf einer umfassend durchgeführten Studie des Lehrkörpers, der Schulleitungen und diverser sozialen Institutionen basiere, habe sich die Mehrheit der Befragten jedoch klar positiv zur Einführung der Schulsozialarbeit geäussert. Auch die Mitglieder der Volksschulkommission würden dem Anliegen des Postulats positiv gegenüberstehen.

Das Lesen der Bachelorstudie führe zur Erkenntnis, dass gar keine andere Möglichkeit bestehe, als die Erarbeitung eines Projekts zur Einführung einer Schulsozialarbeit in Angriff zu nehmen. Aus finanzpolitischen Überlegungen sei der Gemeinderat aber zum Schluss gelangt, das Postulat bzw. den vorliegenden Prüfungsbericht zur Kenntnis zu nehmen, auf die Erarbeitung eines Projektes zur Einführung einer Schulsozialarbeit jedoch zu verzichten und damit dem vom Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) im Bericht vom 14. September 2011 gestellten Antrag, nicht zu entsprechen.

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Eigentlich könnte es sich die Politik bei diesem Traktandum relativ leicht machen, da die Prüfung des Postulats - auch wenn es etwas länger gedauert habe - nun erfolgt sei, womit dem politischen Willen Genüge getan sei. Nebst der grundsätzlichen Frage, ob mit der Einführung einer Schulsozialarbeit einmal mehr ein gesellschaftliches Problem dem Staat zur Lösung delegiert werden soll, stelle sich aber die Frage, ob sich die Stadt Langenthal - entgegen dem allgemeinen, von anderen Städten gesetzten Trend hin zur Einführung - eine eigene Meinung erlauben und einen anderen Weg einschlagen könne.

Die FDP/jll-Fraktion danke dem Gemeinderat für die gründliche Prüfung des Postulats sowie die Auflistung der bereits heute real existierenden Angebote für schulsoziale Bedürfnisse wie beispielsweise:

- Erziehungsberatung (Jugendpsychiatrischen Dienst vor Ort)
- Suchtberatung
- Prävention
- Jugend- und Bildungsbeauftragte
- integrationsfördernde Massnahmen mit Interunido und ToKJO
- jede Schule habe Zugang zu einem Heilpädagogen
- Unterstützung der Klassenlehrer durch die sozialen Dienste Langenthals

Die FDP/jll-Fraktion erlaube sich die Frage zu stellen, wie viele und welche Aufgaben der Gesellschaft dem Staat übergeben werden sollen? Damit seien nicht in erster Linie die jährlich wiederkehrenden Kosten - die der Stadt durch die Einführung einer Schulsozialarbeit anfallen - angesprochen, sondern vielmehr die Mentalität des Delegierens gesellschaftlicher Probleme an den Staat.

Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Haltung des Gemeinderates zum vorliegenden Projekt mehrheitlich - auch im Wissen, dass von anderer politischer Seite her keine Ruhe gegeben werde, das Anliegen wieder auf's Tapet zu bringen. Die FDP/jll-Fraktion sei davon überzeugt, dass die Familie als kleinste politische Zelle gestärkt und nicht von jeglicher Eigenverantwortung entlastet werden soll. In diesem Sinne sei die FDP/jll-Fraktion für die Abschreibung des Vorstosses.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Das Geschäft habe in der SP/GL-Fraktion einigen Staub aufgewirbelt und zu heissen und langen Diskussionen sowie zu regem E-Mail-Verkehr geführt. Im Laufe seiner Stadtratstätigkeit sei er persönlich noch nie so fest davon überzeugt gewesen, dass sich der Gemeinderat getäuscht habe und bei seiner Entscheidungsfindung falsch liege. Die SP/GL-Fraktion bekämpfe nicht die Abschreibung des Vorstosses, da der Prüfungsauftrag durchgeführt worden sei. Die SP/GL-Fraktion sei jedoch über den Entscheid enttäuscht und könne die Gedankengänge des Gemeinderates nicht nachvollziehen.

Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini habe den langen Weg des Vorstosses erwähnt. Von Seiten der SP/GL-Fraktion könne er versprechen, dass dieser Weg aber noch weitergegangen werde. Die SP/GL-Fraktion werde die parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen und am heutigen Abend eine Motion zum Thema einreichen.

Die SP/GL-Fraktion habe in Bezug auf die Abschreibung des Vorstosses keine einheitliche Stimmabgabe beschlossen.

Daniel Steiner: Als Präsident der grossrätlichen Kommission "Volksschulgesetz", die das Gesetz mitgeprägt habe, in welchem die Schulsozialarbeit ein Kernthema darstelle, erlaube er sich, sich zum Thema zu äussern.

Bern, Biel, Thun, Köniz, Ostermundigen, Steffisburg, Burgdorf, Spiez, Muri, Worb, Münsingen usw. seien alles Gemeinden in der Grösse der Stadt Langenthal, die die Schulsozialarbeit bereits kennen. Gesamthaft seien es 45 Gemeinden, die die Schulsozialarbeit bereits eingeführt haben. Weitere rund 40 Gemeinden seien an der verbindlichen Planung der Einführung. Momentan würden rund 40'000 Schüler im Kanton Bern bereits von diesem Angebot profitieren. Diese Tatsache müsse doch zu denken geben. Die überwiegende Mehrheit der Gemeinden mit Schulsozialarbeit werde von bürgerlichen Gemeinderäten regiert. Diese bürgerlichen Exekutiven zeigen in Bildungsfragen Weitsicht und sehen den Nutzen der Schulsozialarbeit.

Einmal mehr werde in Langenthal ein "Sonderzüglein" gefahren. In Langenthal sei man in Bildungsangelegenheiten entweder zu spät, oder man sehe die anstehende Entwicklung in Bildungsfragen nicht, was sich daran zeige, dass ict4kids heillos zu spät eingeführt worden sei und, dass eine Basisstufe sowie auch durchlässige Oberstufenmodelle nicht zur Diskussion stehen. Irritierend sei auch, dass der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf in Sachen Schulsozialarbeit sehe, obwohl der Gemeinderat in den Regierungsrichtlinien unter dem Zielbereich "7. Bildung" die Massnahme: "*Prüfung der Einführung der Schulsozialarbeit*" verankert habe. Dem Gemeinderat genüge es offenbar, ein Thema dieser Wichtigkeit mit einem 11-seitigen "Berichtlein" abzuhaken und abzuwürgen.

Zitat aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 15. Februar 2012: "*Ein Ratsmitglied findet, es könne keine «Notsituation» orten und spricht sich gegen die Vornahme weiterer Schritte durch die Stadt zur Einführung einer Schulsozialarbeit aus*". Diese Aussage führe zur Frage, ob 15 - 20 Gefährdungsmeldungen, die jährlich aus den Schulen stammen, keine Notsituation sei bzw. ob erst 50, 100 oder 200 Gefährdungsmeldungen eine Notsituation darstellen? Seiner Meinung sei bereits eine Gefährdungsmeldung pro Jahr eine Notsituation.

Schulsozialarbeit sei keine Garantie dafür, dass keine Gefährdungsmeldungen mehr eingehen. Aber jede Gefährdungsmeldung, die mit Schulsozialarbeit verhindert werden könne und jede Fremdplatzierung, die damit verhindert werden könne, bringe unter Umständen die jährlichen Kosten für die Schulsozialarbeit bereits ein.

Die nächste Debatte über die Schulsozialarbeit werde aufgrund der heute eingereichten überparteilichen Motion (von vier Parteien unterstützt) voraussichtlich im August 2012 im Stadtrat geführt. Mit Sicherheit werde die Schulsozialarbeit in Langenthal irgendwann kommen. Wenn nicht die überparteiliche Motion zum Ziel führe, dann werde sie halt später eingeführt, was vermutlich spätestens dann sein werde, wenn bei einzelnen Schulleitungen der Generationenwechsel anstehe.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Beat Sterchi: Das Votum des Präsidenten der grossrätlichen Kommission, Stadtrat Daniel Steiner, bedürfe seinerseits einer kurzen Entgegnung. Die Schwachstelle im bernischen Volksschulwesen liege nicht bei den Gemeinden. Die Schwachstelle liege beim Kanton. Die kantonale Erziehungsdirektion sei nicht fähig, eine für Gemeindep arlamentarier nachvollziehbare Strategie vorzugeben. Dort liege "der Hase im Pfeffer", weshalb das Misstrauen und die Skepsis des Langenthaler Gemeinderates von ihm persönlich unterstützt werde. Er finde es richtig, dass die Gemeinde Langenthal einen autonomen Weg gehe und die meist schlecht vorbereiteten Reformvorhaben des Kantons nicht blindlings unterstütze.

Er habe sich kurz mit der Entwicklung der Sozialstatistik und den Finanzzahlen von drei, vier grösseren Gemeinden auseinandergesetzt und diese Werte mit denen der Stadt Langenthal verglichen. Bei der Zunahme der Sozialhilfekosten bestehe absolut keine Abweichung gegenüber der Stadt Langenthal - weder im positiven, noch im negativen Sinne, womit die Wirkung im Moment als "gleich Null" zu bezeichnen sei. Er unterstütze den Gemeinderat, der das Konzept vorläufig auf die Seite gelegt habe, um vorerst abzuwarten, wie es in anderen Gemeinden weitergehe.

Priorität im Langenthaler Schulwesen habe erstens die Konsolidierung des neu geschaffenen Amtes ABiKuS, zweitens, die grossen Investitionen in die Schulen und drittens, eine erfolgreiche Implementierung von ict4kids. Diese drei Projekte müssen seiner Meinung zuerst abgeschlossen werden, bevor neue Konzepte und neue Diskussionen aufgenommen werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 16 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal (erheblich erklärt am 2. April 2007) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Postulat (gewandelte Motion) Felber Lukas, Dietrich Pascal (beide jll) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Bushaltestelle "Schore Pintli" in Schoren (erheblich erklärt am 19. September 2011); Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Bushaltestelle "Pintli" stelle ein recht emotionales Thema dar. Auf Seite 6 im Prüfbericht vom 17. Januar 2012 des Präsidialamtes sei die Kurzentwicklung der Haltestellenbenutzung "Schore Pintli" (Frequenzzahlen) des über Schoren fahrenden Busses aufgezeigt. In diesem Zusammenhang verweise er auf die Textpassage in der Begründung des Postulatstextes: *"Für das Dorf Schoren sollte punkto Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr mindestens wieder jener Status hergestellt werden, wie er bis Dezember 2009 Bestand hatte."* Demgemäss soll der Status wieder hergerichtet werden, unter dem im Jahr 2006 und bei besagter Haltestelle in Richtung Bahnhof 2006 4,5 Einsteiger pro Tag verzeichnet worden seien (2007 = 3,7; 2008 = 5,4; 2009 = 7,4).

Grundsätzlich sei die Regionale Verkehrskonferenz (RVK) für die öffentlichen Verkehrsbelange zuständig, auch für die der Stadt Langenthal. Die Idee der Umstellungen - welche im Begründungstext des Postulats mit *"Irrungen und Wirrungen"* bezeichnet werden - bestehe darin, Verbesserungen zu erreichen und Schoren an das Stadtbussnetz von Langenthal anzuschliessen. Vor dem Jahr 2009 sei Schoren nämlich mit 13 Fahrten pro Tag mit einer Regionalbuslinie bedient worden, welche via Thunstetten über Schoren an den Bahnhof gefahren sei. Für bestimmte Leute sei der Bus sehr praktisch gewesen, weil er genau zum passenden Zeitpunkt sehr nahe am Wohnort gehalten habe, um den passenden Zug am Bahnhof zu erreichen. Genau dort liege jedoch das Problem, da von mehreren Fahrten immer nur ein Bus in beide Richtungen passe. Weil vom Bahnhof Langenthal Richtung Bern mehr Abfahrten zu verzeichnen seien, als Richtung Zürich, sei lastenabhängig der Bus so eingerichtet worden, dass die Zugverbindung nach Bern besser zu erreichen seien, als die nach Zürich.

Die Einführung des Stadtbusses im Halbstundentakt habe eine Steigerung der Kursfrequenz gebracht (von 13 auf 29 Kurse), woraus nota bene aber keine Steigerung bei den einsteigenden Benutzenden resultiert habe. Damals sei der Bus via die Wiesenstrasse ins Stadtzentrum gefahren, was als Fehler kritisiert worden sei, worauf die RVK eine Prüfung durchgeführt und Änderungen vorgenommen habe, die gemäss Postulatstext wohl unter die Bezeichnung *"Wirrungen und Irrungen"* fallen. Die Änderung, die Abfahrtszeiten der Linie 52 geringfügig vorzulegen, um die Verbindungen zu optimieren, sei im Übrigen auf Antrag der Gemeinde Thunstetten vorgenommen worden.

Dem Bedürfnis von Schoren an den Bahnhof fahren zu können, sei mehr Gewicht verliehen worden. Entsprechende Prüfungen hätten jedoch ergeben, dass der Bus, der von der Eisbahn her via "Schore Pintli" an den Bahnhof ins Stadtzentrum fahre, die Strecke rein fahrtechnisch nicht schaffe. Aus diesem Grund sei entschieden worden, via die Schlaufe über den Brunnenrain die Haltestelle "Ochsen" - die von der Haltestelle "Schore-Pintli" maximal etwa 200m entfernt liege - anzufahren und den Kurs dann via die Dorfgasse (Haltestelle "Zelgli") an den Bahnhof und weiter ins Zentrum in Richtung Lotzwil zu führen - und zwar im Halbstundentakt.

Mit dem vorliegenden Postulat (gewandelte Motion) liege ein Antrag bzw. ein Prüfungsauftrag vor, den früheren Status wiederherzustellen. Die Umsetzung der Forderung hätte sehr viele Konsequenzen zur Folge. Die RVK sei betreffend das Stadtbussystem Langenthal für die Periode 2014 - 2017 nämlich zum Schluss gekommen, dass die Verdichtung auf den Viertelstundentakt und die Änderungen in Richtung Lotzwil grundsätzlich eine Erfolgsgeschichte sei, weil die Frequenzen massiv gesteigert worden seien.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Der Ast Schoren könne als "Tolg" im Busnetz bezeichnet werden. Weil aber der Ast Schoren ein Teil des gesamten Busnetzes sei, könne dieser weder herausgebrochen noch einfach mit weiteren Haltestellen bedient werden. Im Übrigen sei er geneigt zu wetten, dass sich die Frequenzen nicht massiv verändern würden, wenn wieder beim "Pintli" gehalten würde.

Die RVK habe im Sinne einer Konsolidierung und Festigung beantragt, am Stadtbussystem für die nächste kommende Angebotsperiode nichts zu ändern. Die Option für Veränderungen in den Jahren 2020 - 2030 stehen jedoch - wenn Veränderungen beim Bahnhof im Rahmen des Agglomerationsprogramms passieren - wieder offen. Selbstverständlich könne es auch im Zuge von Stadtüberbauungen Situationen geben, die eine Überprüfung der Linien unter Umständen erfordere. Nach durchgeführter Gemeindebefragung liege der RVK von der Stadt Langenthal zum jetzigen Zeitpunkt aber kein entsprechender Antrag vor. Der Antrag der RVK an den Kanton sei von der Delegiertenversammlung des Vereins Region Oberaargau am Freitag, 4. Mai 2012, ohne Gegenstimmen verabschiedet worden.

Lukas Felber, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion erachte den vorliegenden Prüfbericht als ungenügend und lehne die Abschreibung des Postulats aus der Geschäftskontrolle aus diesem Grund ab.

Das Anliegen der Motionäre bzw. Postulanten sei nur unter Berücksichtigung von längst verworfenen und unbestritten untauglichen Varianten geprüft worden. In den Ausführungen des Postulats stehe klar schwarz auf weiss: *"Für das Dorf Schoren sollte punkto Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr mindestens wieder jener Status hergestellt werden, wie er bis Dezember 2009 Bestand hatte"*. Ein kluger Weg wäre, die Buslinien Schoren und Thunstetten zusammenzulegen, um die schwachen Frequenzen auf eine Linie zu bündeln. Obwohl die Motionäre bzw. Postulanten diesen Weg mehrfach kommuniziert haben, gehe der Prüfbericht mit keinem einzigen Wort darauf ein. Stattdessen werde unter Ziffer 5 einmal mehr die völlig falsche Behauptung wiederholt, dass die Frequenzen trotz der Umstellungen nicht besser geworden seien. Die Postulanten seien klar der Meinung, dass die Verschlechterung eben genau wegen den Umstellungen eingetreten sei, was auch der Tabelle (Seite 6) entnommen werden könne. Die Tabelle - welche nach Ansicht der Postulanten sehr mit Vorsicht zu geniessen sei - zeige, dass sich zwischen 2007 und 2009 die durchschnittliche Zahl der Einsteiger pro Tag verdoppelt habe. Ab 2010 sei die Zahl eben wegen den Umstellungen (keine Bahnhofanfahrt aber Anfahrt Migros) wieder gesunken. Für das Jahr 2011 würden keine Zahlen vorliegen, weil die Haltestelle aufgehoben worden sei, was natürlich auch einen Einfluss auf die gesamte Linie habe, von der im übrigen überhaupt keine Zahlen vorliegen. Ausserdem würden in dieser Statistik auch die Zahlen der Aussteigenden fehlen, obwohl allgemein bekannt sei, dass man nicht nur einsteigen, sondern auch aussteigen könne. Natürlich fehle auch ein Vergleich mit anderen städtischen Haltestellen, um einen seriösen Entscheid zu ermöglichen.

Im Punkt 8 (Fazit) seien die falschen Behauptungen bezüglich Frequenzen noch einmal wiederholt worden und als Krönung werde geschlussfolgert, dass praktisch nur die Rückführung in die Ausgangslage zwischen 2010 - 2013 in Frage kommen könnte. Die FDP/jll-Fraktion müsse diese Schlussfolgerung als Desinteresse interpretieren, die Anbindung des Schoren an die Stadt verbessern zu wollen.

Die FDP/jll-Fraktion möchte heute Abend eine Lanze brechen und die Anbindung des Schoren an das Busnetz verbessern. Die FDP/jll-Fraktion lade die Mitglieder der Stadtrates ausserdem zur Mithilfe ein, die Messlatte für zukünftige Prüfberichte auf ein Minimum anzuheben, so dass auch das geprüft werde, was im Vorstoss angeregt worden sei.

Sehr gerne nehme er die vom Stadtpräsidenten lancierte Wette an, welcher bezweifle, dass ein Halt beim Schoren Pintli eine Frequenzverbesserung bringen würde.



Pascal Dietrich: Es möge wohl kaum überraschen, dass er und Stadtrat Lukas Felber mit dem Prüfbericht nicht zufrieden seien. Mit zwei, drei weiteren Feststellungen ergänze er die von Stadtrat Lukas Felber bereits angesprochen Punkte: Als Postulanten seien sie nicht nur in materieller Hinsicht (dem Ergebnis) sondern auch in formeller Hinsicht nicht zufrieden. Dies vor Allem deshalb, weil Behauptungen aufgestellt werden, für die keine Belege vorliegen. Im Punkt 8 (Fazit) werde wiederholt, dass die Frequenzen ungenügend seien. Stadtrat Lukas Felber habe bereits darauf hingewiesen und Stadtpräsident Thomas Rufener habe es selber auch erwähnt, dass zwischen dem Jahr 2007 und 2009 eine Verdoppelung der Frequenz stattgefunden habe. Es dürfte wohl kaum eine andere Linie bzw. Haltestelle geben, bei der eine Verdoppelung stattgefunden habe. Trotz dieser Verdoppelung habe man es geschafft, die Linie so umzumodeln, dass sie nicht mehr an den Bahnhof führe. Damit sei sie für Pendler natürlich entsprechend unattraktiv geworden, was logischerweise und nicht überraschend zu einem Rückgang der Frequenzen geführt habe. Als Krönung sei die Haltestelle dann aufgehoben worden.

Nachdem im Fazit die Frequenzen wiederholt werden, stehe im Prüfbericht weiter: *"An dieser Tatsache, so muss angenommen werde, würde auch eine Wiederbedienung der Station "Pintli" nichts ändern."* Diese Aussage werfe doch die Frage auf, worauf eine solche Behauptung gestützt werde, die seiner Meinung nach einfach aus der Luft gegriffen sei. Natürlich beteilige auch er sich gerne an der Wette, möchte aber Fakten sehen, die jedoch gar nicht vorhanden seien. Der Prüfbericht sei nicht seriös, weil mit gleichem Recht behauptet werden könne, dass sich die Situation genau anders herum verhalte und die Frequenzen auf der ganzen Linie zunehmen würden, wenn der Bus wieder so fahren würde, wie im Postulat angeregt.

Der Satz: *"Zudem hätte eine Wiederbedienung der Station Auswirkungen auf das ganze System..."* treffe natürlich zu, da die Wiederbedienung ja auch das Kernthema und der Grund für das Postulat sei. Im Postulat gehe es ja darum, dass nicht zwei schwach frequentierte Linien gefahren werden, sondern dass die Linien wieder gebündelt und so geschickt geführt werden, wie das vorher der Fall gewesen sei, womit eine bessere Wirtschaftlichkeit einer Linie erreicht würde.

Stadtpräsident Thomas Rufener habe erwähnt, dass Schoren nun mit einer Stadtbuslinie und nicht mehr nur mit einer Regionalbuslinie erschlossen sei. Dazu lasse sich nichts anderes sagen als dass es einem Passagier doch "Wurst" sei, ob er mit einer Stadtbuslinie oder mit einer Regionalbuslinie bedient werde, da dieser in der Hauptsache daran interessiert sei, dass Busse eine für ihn brauchbare Linie fahren. Demgemäss habe er persönlich etwas Mühe damit, dass vor Allem auf das Interessen der Gemeinde Thunstetten geschaut worden sei, die offenbar nicht mehr gewollt habe, dass ihr Bus auch noch durch Schoren und nicht direkt an den Bahnhof fahre. Dem Interesse Thunstettens sei man nachgekommen, womit dieses nun habe was es wolle, wogegen Langenthal das Nachsehen habe.

Störend aber doch erfreulich sei, dass im Konzept ÖV Langenthal 2030 - welches er genau studiert habe - die Haltestelle "Schoren Pintli" (oh Wunder...!) wieder als Bestandteil einer Linie nach Schoren aufgeführt sei. Das Erfreuliche daran sei, dass die Linie offenbar - wenngleich nur als Vision - dereinst wieder vom Schoren Pintli zur Eisbahn geführt werden soll. Damit widerspreche der Gemeinderat zum Teil seinen eigenen Behauptungen. Im vorliegenden Prüfbericht werde ausgeführt, dass an den Linienführungen nicht dauernd etwas geändert werden soll. Dieser Aussage könne er sehr wohl zustimmen, zumal es doch tatsächlich ein "Unding" sei, eine existierende Haltestelle zwischenzeitlich zu streichen, sie aber in einer Vision schon wieder vorzusehen. Frei nach "Cabaret Rotstift" ausgedrückt, entspreche dieses Vorgehen dem Motto: "vo Plaanig, ke Ahnig!" Er mache beliebt den zuwenig seriös ausgearbeiteten Prüfbericht abzulehnen.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Zum Thema aus "grossrätlicher" Sicht Stellung zu nehmen, möchte er verzichten, da er und Stadtrat Daniel Steiner als Grossräte ein Paket zu bewilligen haben werden, worin es darum gehe, die durch den ÖV verursachten Kosten finanzieren zu können.

Seiner "Wette" liege natürlich eine andere Vorstellung zu Grunde, als eine Verdoppelung von 4,5 auf 7 Einsteigende pro Tag bei 13 Fahrten. Diese Zahl dürfe ja kaum laut ausgesprochen werden und könne nicht als ÖV-Frequenz bezeichnet werden. Es fehle nicht am Willen der Stadt die Situation zu verbessern, sondern an der offensichtlichen Verhältnismässigkeit.



Wenn später allenfalls eine Haltestelle in ein Konzept einbezogen würde, dann habe es mit zur Verfügung stehenden Ressourcen zu tun. Im letzten Angebotsbeschluss sei ein zusätzliches Fahrzeug bewilligt worden. Mit diesem zusätzlichen Fahrzeug werde ein nach Prioritäten geordneter bestehender Bedarf abgedeckt, indem die Linie vom Spital via das Stadtzentrum zum Gewerbeschulhaus zur ¼-Stunden-Takt-Linie erklärt worden sei. Dieser Entscheidung werde als richtig erachtet, da diese Linie die meisten Frequenzen aufweise und weil der ¼-Stunden-Takt zu einer weiteren erfolgreichen Frequenzsteigerung geführt habe.

Eine zweite Linie bediene den Ast Lotzwil - Mittelstrasse - Stadtzentrum - Wiesenstrasse - Schoren im Pendelverkehr, in der Meinung, dass in der Wiesenstrasse in den Bus Richtung Bahnhof umgestiegen werden könnte. Diese Umsteigemöglichkeit habe sich als Irrtum herausgestellt, da die Pendler davon keinen Gebrauch machen wollen, worauf entschieden worden sei von Schoren via die Haltestelle "Ochsen" an den Bahnhof zu fahren. Die Haltestelle "Ochsen" sei weniger als 200m von der aufgehobenen Haltestelle "Schore-Pintli" entfernt, was im Vergleich mit den Distanzen, die von Bus- oder Trambenutzenden beispielsweise im Breitenrainquartier in Bern oder andern Orts von einer zu anderen Haltestelle zurückgelegt werden müssen, eine kurze Strecke sei.

In Anbetracht dieser Fakten sei es unangebracht einen solchen "Basar" um die Thematik zu veranstalten und in dieser Weise Kritik zu üben. Weder die Stadt noch er persönlich seien die Planer der Situation, vielmehr sei er bzw. die Stadt darauf angewiesen, über ein Konzept zu verfügen, das schlussendlich mit den vorhandenen Ressourcen übereinstimme. Die heute bestehende Situation entspreche dem, was heute angeboten werden könne. Selbstverständlich könne man daraus eine Szene machen und der Meinung sein, dass diese Situation nicht zu verantworten sei. Es sei aber schlichtweg nicht möglich, alle Begehrlichkeiten - die einen wollen eine bessere Verbindung nach Zürich, die anderen eine bessere Verbindung ins Zentrum etc. etc. - zu erfüllen. Falls im Rahmen der Vision 2030 der Stadt allenfalls im Rahmen der ÖV-Finanzierung noch zusätzliche Kapazitäten zugesprochen würden, könnte das postulierte Anliegen vielleicht wieder zum Thema werden.

Persönlich habe er nur mässiges Verständnis für die Haltung der Postulanten, zumal die Kosten pro Passagier für die Bewegung von durchschnittlich 4 - 7 Passagieren pro Tag, bei 13 Busfahrten, enorm seien. Dem geäußerten Zweifel, wonach die Aare Seeland mobil AG Phantasiezahlen liefere, halte er zudem entgegen, auch nicht so sicher zu sein, in wie weit die Darstellungen der Postulanten "Hand und Fuss haben".

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 29 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (gewandelte Motion) Felber Lukas, Dietrich Pascal (beide jll) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Bushaltestelle "Schore Pintli" in Schoren (erheblich erklärt am 19. September 2011) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. **Postulat Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2011: Optimierung der Badi-Öffnungszeiten** (erheblich erklärt am 28. November 2011); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Gemeinderat beantrage den vorliegenden Prüfbericht zur Kenntnis zu nehmen und das Geschäft von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abzuschreiben. Die Ergebnisse der Prüfung hätten den Gemeinderat bewogen, Anpassungen vorzunehmen. Einerseits werde die Hauptsaison II um eine Woche verlängert, womit dem Ansinnen des Postulanten Rechnung getragen werde, die Öffnungszeit bis 20.30 Uhr zu verlängern. Im Weiteren werde das Saisonende um eine Woche hinausgeschoben (Saisonende: 16. September 2012).

Im Wissen, dass die Öffnungszeiten der Badi ein politisch hochbrisantes Thema darstellen, bleibe nun zu hoffen, dass die Wetterpropheten recht behalten. Wie die Saison wettertechnisch werde, werde sich zeigen. Der Gemeinderat habe im Rahmen der Anpassungsfähigkeit versucht, das Möglichste zu tun und auch signalisiert, dass trotz des zu kommunizierenden Fahrplans - an dem nicht jeden Tag herumgewerkelt werden könne - eine gewisse Grosszügigkeit zur Anwendung komme, um die Badenden am Abend etwas länger verweilen zu lassen.

Pascal Dietrich: Beim vorliegenden Traktandum müsse er sich weniger aufregen, als beim vorangegangenen. Der Stadtpräsident habe natürlich einen Vorteil, weil dieser nach der Geschäftsordnung des Stadtrates immer das letzte Wort habe, worauf er jedoch noch so Einiges zu entgegnen wüsste, zumal er ein paar Haltestellen aufzählen könne, die natürlich viel schlechter frequentiert seien, als die Haltestelle "Schore-Pintli". Mit den vorgelegten Unterlagen bestehe aber überhaupt keine Möglichkeit, diesen Vergleich anzustellen.

Was das vorliegende Geschäft betreffe, danke er dem Gemeinderat und der Verwaltung dafür, sein Anliegen aufgenommen und geprüft zu haben. Im Gegensatz zur Prüfung des vorangegangenen Traktandums sei er mit dem Ergebnis grossmehrheitlich zufrieden, da sein Vorstoss immerhin zur Konsequenz habe, dass die Hauptsaison II um eine Stunde am Abend verlängert werde.

Ihm sei klar, dass eine flexible Handhabung der Öffnungszeiten schwierig sei - aber das Wetter sei halt eben auch sehr flexibel. Ihm bleibe nun nur die Hoffnung, dass nicht ausgerechnet in dieser Woche Dauerregen falle, ansonsten es bestimmt heissen werde, dass das Unterfangen "vom Dietrich" ein "Kabis" sei.

Da sich das Wetter eben nicht planen lasse, habe er sich gedacht, dass etwas in Richtung flexibler Öffnungszeiten gemacht werden müsste, was mit modernen Kommunikationsmitteln (SMS-Alarm, Facebook, Twitter etc.) - womit junge Leute und Badegäste sehr gut umgehen können - publik gemacht werden könnte. Vielleicht sei diese Idee aber für die Stadt Langenthal noch zu früh und damit Zukunftsmusik. Er sei gespannt, ob Langenthal vielleicht in 10 Jahren soweit sein werde.

Er sei dankbar, dass immerhin ein Teil seines Anliegens aufgenommen worden sei und könne deshalb auch der Abstimmung seines Postulats zustimmen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen)¹:

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2011: Optimierung der Badi-Öffnungszeiten (erheblich erklärt am 28. November 2011) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zwei Stadratsmitglieder sind während der Abstimmung nicht im Saal anwesend.



5. Motion Dietrich Pascal (JL) und Mitunterzeichnende vom 23. Januar 2012: Für eine bessere demokratische Legitimation der Ratsmitglieder (Änderung der Art. 47 und 48 des Wahl- und Abstimmungsreglementes); Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Haupttext der Motion laute: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Änderung des Wahl- und Abstimmungsreglementes der Stadt Langenthal in dem Sinne vorzubereiten und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen, dass sämtliche Ratsmitglieder in jedem Fall direkt oder als Ersatzleute vom Stimmvolk gewählt worden sind."*

Der Antrag des Gemeinderates liege dem Stadtrat fristgerecht vor. Beim Vorstoss handle es sich um eine Motion mit Weisungscharakter, weil die Zuständigkeit für Änderungen im Wahl- und Abstimmungsreglement bei den Stimmberechtigten und damit beim Volk liege.

Bekannt sei, dass die Wahlen in Langenthal für den Stadtrat als auch für den Gemeinderat im Proporzverfahren durchgeführt werden. Die *Motion der FDP/JL-Fraktion vom 28. November 2011: Motion Köpfe statt Listen im Gemeinderat Motion*, die verlangt habe, die Wahl des Gemeinderates im Majorzverfahren durchzuführen, sei an der Stadtratssitzung vom 20. Februar 2012 nicht erheblich erklärt worden.

Beim Proporzwahlverfahren werde im ersten Teil des Wahlverfahrens die Sitzverteilung für die an den Wahlen teilnehmenden Listen ermittelt, so dass die Personen als gewählt erklärt werden, welche auf den entsprechenden Listen und entsprechend der Rangfolge, die besten Stimmergebnisse erzielt haben. Alle weiteren an den Wahlen teilnehmenden Personen werden - unter Beibehaltung der Rangfolge der erreichten Anzahl Stimmen - als Ersatzleute bestimmt. Bei Vakanzen innerhalb einer Legislaturperiode kommen die Ersatzleute in der Rangfolge der Liste zum Zug; dies allerdings unter dem Vorbehalt, dass deren Zustimmung vorliege, wenn dieser Fall eintrete. Wenn alle Ersatzleute der Liste "aufgebraucht" seien, würden die Unterzeichner der betreffenden Liste aufgefordert, innert 14 Tagen Kandidaten nachzunominieren. Die auf diesem Weg Neuvorgeschlagenen würden dann vom Gemeinderat ohne Weiteres als gewählt erklärt. Wenn die Listenunterzeichnenden von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch machen, fallen die unbesetzten Sitze an die Liste, die nach dem Wahlprotokoll das höchste Restmandat erhalten hätte. Dieser Fall sei im Jahr 2011 eingetreten. Nachdem vom Vorschlagsrecht innert der notwendigen Frist kein Gebrauch gemacht worden sei, sei der Stadtratssitz der PNOS an die GL gegangen.

Der Vorschlag des Motionärs gehe dahin, das Vorschlagsrecht der Listenunterzeichnenden zu eliminieren. Das heisse, wenn keine aus den ordentlichen Wahlen bezeichneten Ersatzleute mehr vorhanden seien, automatisch der Weg genommen würde, der heute beim Vorschlagsverzicht beschränkt werde, indem die Liste zum Zug komme, die das grösste Restmandat erhalten hätte.

Die aus dem Prüfbericht gewonnenen Erkenntnisse seien interessant, zumal das als "Langenthaler System" bezeichnete System gar kein eigentliches "Langenthaler System" sei, da dieses in den meisten grösseren Gemeinden im Kanton Bern angewendet werde. Eine praktisch identische Handhabung finde in den Gemeinden Köniz und Langnau statt. In Bern, Thun und Burgdorf komme eine wesentliche Nuance zum Tragen. Diese Gemeinden würden das Vorschlagsrecht zwar kennen aber den letzten Schritt (Switch auf Liste mit dem grössten Restmandat) nicht vollziehen, sondern eine Nachwahl im Majorzsystem anordnen. Die Prüfung des Themas habe auch ergeben, dass selbst der Kanton Bern die Möglichkeit der Nachnomination kenne. Eine gewisse Spezialität werde in Biel praktiziert. Auch in Biel werden Vorschläge eingefordert, die dann aber publiziert werden müssen. Wenn innerhalb einer gesetzten Frist nicht mindestens 3'000 Stimmberechtigte vorgestellt werden, werden auch diese Nachnominierten als gewählt erklärt. Aus Sicht des Gemeinderates sei die Bieler Variante aufgrund des vorliegenden Motionstextes jedoch nicht anwendbar, da der Text laute: *"... in jedem Fall direkt oder als Ersatzleute vom Stimmvolk gewählt"*



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Der Gemeinderat schlage vor, die Motion abzulehnen. Die Haltung des Gemeinderates basiere auf dem Hauptargument, das Proporzsystem erhalten bzw. nicht brechen zu wollen, weil der Proporz nicht nur in den Räten, sondern auch in wichtigen Kommissionen eine Bedeutung habe. Obwohl bei einem Switch (Liste mit grösstem Restmandat) der Proporz zwar unterbrochen werde, sehe der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf den Wechsel vom Proporz mit einem Schritt zu verschärfen, indem die Nachnomination von Personen einer Liste unterbunden würde.

Bei einer allfälligen Wandelung der Motion in ein Postulat beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat aufgrund des bereits vorliegenden Prüfberichts erheblich zu erklären, dieses aber gleichzeitig von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Pascal Dietrich: Bei der Motion für eine bessere demokratische Legitimation der Ratsmitglieder gehe es ihm in erster Linie um das Image und den Ruf Langenthals.

Der Stadtpräsident habe das Vorgehen in anderen Städten und im Kanton bereits ausgeführt. Ihm sei bekannt und auch bewusst, dass sogar auf Bundesebene (Nationalrat) das Vorschlagsrecht zur Anwendung komme. In den meisten anderen Städten sei das Thema aber nicht aktuell, da diese Situation zugegebenermassen selten bestehe. Wenn Etwas selten vorkomme, heisse das aber nicht, dass im Eintretensfall die Auswirkungen nicht gross sein können. Eine Eintretenswahrscheinlichkeit beruhe auf zwei Achsen, namentlich der Eintretenswahrscheinlichkeit (selten oder häufig) und der Auswirkung. Das Eintreten eines AKW-Unfalls sei auch sehr unwahrscheinlich, bewege aber wegen der riesengrossen Auswirkungen die Leute und sorge für heftige Debatten. Er sehe in Bezug auf die vorliegende Thematik eine ähnliche Problematik: Dass das Problem entstehe, sei nicht sehr wahrscheinlich - wenn es jedoch entstehe, dann seien die Auswirkungen für Langenthal happig.

In Langenthal sei die Situation im Vergleich mit anderen Städten eben anders, weil andernorts keine rechts-extreme Partei im Stadtrat Einsitz genommen habe. Es gelte sich folgendes Szenario - auf welches er im Übrigen schon via die Presse aufmerksam gemacht habe - vorzustellen: *Die PNOS könnte das Gefühl bekommen, wieder zur Wahl anzutreten und finde jemanden, der vielleicht aus Naivität, aus Gutmütigkeit oder aus was auch immer auf einer Einerliste kandidiere. Und weil dieser Kandidat sehr viele Leute kenne und sympathisch sei, würde er gewählt. Nach der Wahl prassle dann aber alles auf die gewählte PNOS-Person herunter (Beschimpfungen, Kritik etc.), so dass sich die Person frage, worauf sie sich da bloss eingelassen habe und zurücktrete. Mit dem Rücktritt hätte die Stadt Langenthal dann den "Salat", weil sie sich damit in der Geiselhaft der PNOS befände, die bestimmen könnte, wer für sie in den Rat einziehen soll. Es könnte sich dabei um den grössten Verbrecher handeln, oder es könnte jemand sein, der dafür extra nach Langenthal gezogen sei.* Dieses Szenario zeige eine mögliche gefährliche Situation für das Image der Stadt Langenthal auf, was seiner Meinung einfach nicht sein dürfe und wogegen etwas unternommen werden müsse.

Er habe sich beim Einreichen der Motion gedacht, auch gleich einen Lösungsvorschlag aufzuzeigen. Mittlerweile sei er sich bewusst, dass sein Vorschlag sicher nicht die einzige und vielleicht nicht die gescheiteste Lösung darstelle. Er habe seinen Vorschlag aber im Motionstext auch *"als mögliche neue Fassung"* formuliert, womit durchaus auch andere Varianten denkbar seien, um den bestehenden Mangel zu beheben.

Obwohl die Motion die Textpassage enthalte *"... in jedem Fall direkt oder als Ersatzleute vom Stimmvolk gewählt"* halte er die Bieler Variante (mit Publikation) - mit welcher quasi das Referendum ergriffen werden könnte - natürlich als eine denkbare Variante. Im Prinzip müsste dafür sein Motionstext nur mit zwei Worten ergänzt werden, womit der Text lautete: *"...in jedem Fall direkt oder als Ersatzleute vom Stimmvolk gewählt oder sanktioniert"*. Diese Variante, halte er durchaus für eine gute Lösung im Sinne der Motion, da wenn keine Unterschriftensammlung gegen die Wahl stattfindet, die Wahl damit sanktioniert wäre. Das Anliegen der Motion bestehe darin, die heutige Situation zu ändern.

Nachdem er die Haltungen der Fraktionen in der Presse gelesen habe, müsse er feststellen, dass es wohl kaum so sein könne. Wenn dem so wäre, könnte der Fraktionschef im Anschluss an die Fraktionssitzungen dem Stadtschreiber Daniel Steiner das Resultat telefonisch durchgeben, so dass dieser die Zahlen nur noch zusammenzählen müsste, um das Resultat dann vermelden oder vermailen zu können.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Auch wenn es im Nationalrat - wo keiner dem anderen beim Reden zuhört - so laufe, erachte er diesen Weg auf kommunaler Ebene als falsch. Er fordere deshalb dazu auf, sich die in den Fraktionssitzungen gefassten Meinungen nochmals zu überlegen und in Wiedererwägung zu ziehen und der Motion zuzustimmen, damit der heutige gefährliche Zustand geändert werden könne.

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Der Titel der Motion erscheine auf den ersten Blick vielversprechend, zumal für die Partei der SVP der Begriff "Demokratie" und alles damit verbundene keine leeren Worthülsen seien. Die SVP-Fraktion werde der Gemeinderatsmeinung grossmehrheitlich folgen. Ausschlaggebend für diese Gesinnung sei zum Einen die Tatsache, dass das bestehende System (mit der Möglichkeit der Nachnominierung) in den meisten grösseren Gemeinden im Kanton funktioniere und zum Anderen, dass der Proporz gewährt bleibe und nicht verfälscht werde.

Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die SP - eine Partei mit Substanz - es fertig gebracht habe, Leute nachzunominieren, womit der Proporz gewährt geblieben sei. Die andere heute nicht mehr im Stadtrat vertretene Partei der PNOS habe von der Nachnominierung keinen Gebrauch gemacht, weshalb deren Sitz gemäss geltendem Wahlreglement weitergegeben worden sei. Entgegen allfälliger Befürchtungen sei dadurch keine Gefahr entstanden. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass sich das geltende Reglement bewähre und halte deshalb daran fest.

Die SVP-Fraktion würde sich auch im Falle der Wandelung der Motion in ein Postulat, der Meinung des Gemeinderates anschliessen.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Das Anliegen von Stadtrat Pascal Dietrich habe ihn auf den ersten Blick auch überzeugt, da es in der Tat unschön und demokratisch fragwürdig aber auch etwas peinlich für Parteien sei, Leute nachzunominieren zu müssen, wenn ihnen die Ersatzleute ausgehen. Auf den zweiten Blick und nach einem Studium des Prüfberichts habe er seine Meinung aber revidiert. Auch die EVP/glp-Fraktion teile diese Meinung.

- Mit der Einreichung von Wahlvorschlägen üben die Parteien eigentlich eine Art Vorselektion der Kandidierenden aus, auf die das Volk keinen Einfluss habe. Stadtrat Pascal Dietrich habe erwähnt, dass die PNOS einen Kriminellen hätte nominieren können. Diese Möglichkeit stehe auch den anderen Parteien offen, indem sie Wahlvorschläge einreichen, worüber das Wahlvolk dann bestimme. Der Wähler könne ja lediglich aus dieser Sammlung von Kandidierenden bzw. Parteien auswählen, hätte im Extremfall aber die Möglichkeit, einem Nominierten keine Stimme zu geben, was aber nicht heisse, dass dieser später nicht mit Null erzielten Stimmen nachrutschen könnte.

Vor diesem Hintergrund müsse eine Nachnominierung gesehen werden. Eine Partei habe bei der Nachnominierung – analog zum gegenwärtigen Verfahren bei der Einreichung der Wahlvorschläge – wiederum ein Vorschlagsrecht. Unschön dabei sei, dass die Nachnominierten dem Volk nicht vorgelegt werden. Das Prinzip sei eigentlich aber das gleiche, da die Parteien einen Vorschlag einreichen, zu dem das Volk - weil es keine Wahlen gebe - nichts sagen könne. Im heutigen System verfügen die Parteien eigentlich über eine grosse Macht, indem sie eigentlich eine grosse Vorauswahl treffen, in der es auch Leute mit einem zweifelhaften Ruf haben könnte.

- Das Wegfallen der Möglichkeit Nachnominierung vornehmen zu können, verfälsche den Proporz, weil der Sitz an eine andere Partei gehe, was im Resultat nicht mehr unbedingt dem ursprünglich vorhandenen Wählerwillen entspreche. Die Zusammensetzung des heutigen Stadtrates bilde den Wählerwillen aus dem Jahr 2008 zugegebenermassen auch nicht mehr ganz ab, entspreche jedoch den reglementarischen Vorschriften.

Die EVP/glp-Fraktion bewerte die Vorteile der gegenwärtigen Regelung höher, als die zugegebenermassen bestehenden Nachteile und schliesse sich dem Antrag des Gemeinderates an.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Bernhard Marti, SP/GL-Fraktion: Sehr vieles sei bereits gesagt worden. Unter anderem auch, dass der Motionstext "eine mögliche neue Fassung" beinhalte. In der Annahme, dass sich der Motionär bei der Eingabe des Vorstosses etwas überlegt habe, werde im Text natürlich die best mögliche Lösung vorgeschlagen sein. Bei Betrachtung dieser "best möglichen Lösung" lasse sich aber feststellen, dass auch diese Schönheitsfehler aufweise. Wenn nämlich eine Partei mehr Sitze erziele, als sich überhaupt Personen zur Verfügung stellen, dann würden die überzähligen Sitze - entgegen dem absolut eindeutigen Wählerwillen - an eine oder mehrere andere Parteien fallen. Inwiefern in diesem Fall von einer besseren demokratischen Legitimation die Rede sein könne, sei Ansichtssache.

Dass das Proporzsystem nicht ausgehöhlt werden soll, sei bereits mehrfach erwähnt worden. Mit der Motion werde aber eben genau das angestrebt. Das Image Langenthals sei nicht gefährdet, wogegen das Image von Parteien, deren gewählte Leute beispielsweise in missbräuchlicher und undemokratischer Art und Weise auf einen Sitzanspruch verzichten, um anderen den Vortritt zu lassen, mehr Schaden nehmen könnte.

Die SP/GL-Fraktion spreche sich eindeutig gegen die Reglementsänderung aus und unterstütze den Antrag des Gemeinderates, die Motion nicht erheblich zu erklären. Die SP/GL-Fraktion sei gespannt darauf, wie der nächste Vorstoss der "Proporzallergiker" lauten werde.

Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion: Vorgängig erlaube sie sich die persönliche Bemerkung, sich sehr zu freuen dass Herr Peter Moser nun bei der Stadt Langenthal arbeite. Sie habe ihn beim Nachdiplomstudium zum "Executive Master of Public Administration" kennengelernt. Sie heisse Herrn Peter Moser als Amtsvorsteher ABiKuS herzlich willkommen und bitte den Gemeinderat als auch die Verwaltung, Sorge zu Herrn Peter Moser zu tragen.

Zum eigentlichen Thema halte Sie fest, dass sich die FDP/jll-Fraktion weder gegen Fraktionen, noch gegen Parteien und erst recht nicht gegen Personen richte, obwohl es ihr persönlich aber echt "Wurst" sei, heute sagen zu können, dass Langenthal nicht mehr das Parlament mit einem PNOS-Mitglied sei. Diese Tatsache sei sogar recht wohltuend, da Langenthal in Bern eigentlich nur wegen dem Schlittschuhclub und der PNOS im Parlament bekannt sei.

Aufgrund dieser Erfahrung sei es eben doch legitim weiterzudenken und sich zu fragen, ob das heutige System ausgereizt oder gar überstrapaziert werden könne und was in einem solchen Fall getan werden soll. Natürlich sei die Thematik nicht mit einem AKW-Unfall zu vergleichen und die FDP/jll-Fraktion wolle damit auch nicht den Teufel an die Wand malen, irgendwodurch gelte es aber doch im Sinne von "wehret den Anfängen" zu reagieren.

Das Parlament sei die delegierte Vertretung der Bevölkerung und repräsentiere diese. Eine Wahl ins Parlament sei wichtig und demokratisch. Damit jemand auf eine Wahlliste gesetzt werde, brauche es eine gewisse Unterstützung einer Partei oder einer Fraktion plus weiterer 10 Stimmen. Diese Anforderung zeige - Proporzsystem hin oder her - dass die Personen wichtig seien, weil diese die Stimmen holen und nicht in erster Linie die Liste.

Das Gutachten des städtischen Rechtsdienstes verweise darauf, dass die Legitimation nicht besser sei, wenn jemand von einer Fraktion nachnominiert werde, da ja sogar jemand, der Null Stimmen erreicht habe, letztlich auch nachrutschen könne, obwohl er nicht gewählt worden sei. Obwohl diese Aussage zutreffe, bitte sie um Berücksichtigung von Artikel 5 Absatz 1 der Stadtverfassung, wonach als Organe der Stadt unter Buchstabe a) die Stimmberechtigten und unter Buchstabe b) der Stadtrat bezeichnet sei. Unter c) folge der Gemeinderat, aber von Parteien und Fraktionen sei nichts zu lesen.

Inwieweit eine Systemänderung den Proporz verfälschen würde, sei fraglich, da es neben der demokratischen Legitimation im engeren Sinn auch noch die unverfälschte Willenskundgabe zu berücksichtigen gebe. Namen auf einer Liste hätten immer - auch im Proporzsystem - Auswirkungen. Es gebe nämlich Leute auf Listen, die sie persönlich nie wählen würde, womit sie diese Liste auch nie wählen würde, wogegen sie Leute wähle, auch wenn sie auf "falschen Liste" stehen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Das heute bestehende System lasse sich wirklich ausreizen. In diesem Zusammenhang erinnere sie an die Nichtwiederwahl von Christoph Blocher zum Bundesrat. Christoph Blocher habe damals nicht als Nationalrat kandidiert, so dass dieser bei seiner Nichtwiederwahl zum Bundesrat quasi zwischen Stuhl und Bank gefallen sei. Daraufhin sei lange hin und her überlegt worden, ob alle auf der Liste der SVP Zürich verzichten müssen, damit Christoph Blocher in den Nationalrat nachrutschen könne. Mit diesem Vorgehen werde ihrer Meinung nach das System etwas ausgereizt und auch die unverfälschte Willenskundgabe verletzt. Das geltende Recht lasse so etwas aber eben zu. Die FDP/jll-Fraktion möchte jetzt daran etwas ändern. Andernorts seien Lösungen gefunden worden, indem beispielsweise eine Publikation stattfinde, womit quasi ein fakultatives Referendum ergriffen werde und eine stille Wahl erfolgen könne. Auch dieses Vorgehen sei demokratisch, weil die Stimm- und Wahlberechtigten damit eine Möglichkeit erhalten, sich zu wehren.

Soweit es darum gehe, die nächste Liste (das grösste Restmandat) zu berücksichtigen, lasse sich auch darüber diskutieren, ob und wie weit sich dies auf die unverfälschte Willenskundgabe auswirke. Wer nämlich die PNOS wähle, wolle bestimmt nicht den Grünen die Stimme geben. Schlussendlich heisse das, wer bei Wahlen nicht genügend Kandidierende bringe, diese dann noch alle verbrauche und schliesslich noch nachnominieren müsse, auch nicht für eine politische Qualität oder Seriosität zu bürgen vermöge.

In diesem Sinne halte die FDP/jll-Fraktion es für prüfenswert - nicht im Sinne eines Postulats, aber im Sinne einer Motion - das Thema weiter zu bedenken und bitte deshalb darum, die Vorschläge zuzulassen und die Motion erheblich zu erklären.

Patrick Freudiger: Da offenbar die Ansicht bestehe, dass in der SVP niemand eine andere Meinung haben dürfe und dass alle meinungsmässig gleichgeschaltet sein sollen, erbringe er heute den Tatbeweis, dass dem nicht so sei, weil er zum vorliegenden Thema eine andere Meinung habe.

Stadtrat Bernhard Marti weise er vorweg darauf hin, alles andere als ein "Proporzallergiker" zu sein. Er persönlich sei auch davon überzeugt, dass der Gemeinderat im Proporz gewählt werden müsse. Zudem fände er es sogar einmal prüfenswert, den Regierungsrat des Kantons im Proporz zu wählen. Ob die Proporzfreudigkeit von Stadtrat Bernhard Marti - angesichts der heute bestehenden 4 rot-grünen von insgesamt 7 Regierungsratssitzen - soweit gehe, wie die seine, sei dahingestellt.

Proporz müsse man sich auch verdienen können. Nachnominierungen seien unbestrittenermassen nicht besonders verdienstvoll. Das Resultat von Nachnominierungen bestehe darin - ob die Ersatzleute nun von einer vollen oder nicht vollen Liste ausgegangen seien - dass Personen im Rat Einsitz nehmen, die sich nie einer demokratischen Diskussion stellen mussten. Dadurch könne es sein, dass auch Leute im Rat Einsitz nehmen, für die sich die entsprechende Partei im Wahlkampf nie habe rechtfertigen müssen, was er als stossend erachte.

Bei Stadtrat Walter Wüthrich verhalte es klar anders, als im anderen bekannten Fall, weil Stadtrat Walter Wüthrich allen Parlamentsmitgliedern bestens bekannt sei. Heute stehe aber weder Stadtrat Walter Wüthrich, noch einzelne Parteien, sondern die Systemfrage zur Diskussion. Nach John Rawls sei es eben wichtig, dass ein System nicht aus der Sicht beurteilt werde, worin man persönlich stecke, sondern dass man die Sache ganzheitlich betrachte. Demgemäss gelte es die Thematik einer ganzheitlichen Betrachtung zu unterziehen, ohne nach persönlichen und konkreten Vor- oder Nachteilen zu suchen.

Das Risiko nachnominieren zu müssen, sei ehrlicherweise bei kleinen Parteien und bei Parteien, die die Liste nicht zu füllen vermögen, am grössten. In solchen Fällen (mit zwei, drei Leuten auf der Liste) sei es oft so, dass ein Sitz überhaupt nur deshalb zu Stande komme, weil die Leute bekannt seien und deshalb die Proporzürde schaffen. Wenn nun aber einer dieser wenigen Leute aus dem Rat austrete und die Partei eine Nachnomination vornehme, dann sei doch die Verfälschung um so stossender, da die Partei speziell wegen der Leute auf der Liste gewählt worden sei und nicht, weil die Partei an sich einen Namen habe. Aus diesem Grund - auch wenn es nur ein oder zwei Personen betreffe - erachte er das heutige System als fehlerhaft.



Er gebe zu, dass die vorgeschlagene Lösung auch nicht in jeder Hinsicht zu überzeugen vermöge und dass das heutige System auch Vorteile habe. Der Gemeinderat habe Recht, zu sagen, dass eine Verfälschung des Proporz drohe, wenn der Motion zugestimmt werde. Trotz allem gebe es auch noch eine andere Wahrheit, zumal das heutige System auch Verfälschungsrisiken in sich berge - namentlich die Verfälschung der Demokratie. Aus diesem Grund stimme er der Motion zu.

Pascal Dietrich: Als Motionär danke er dem Parlament für die Diskussion. Dass die Motion von Stadtrat Daniel Steiner auf den ersten Blick als gut empfunden worden sei, habe ihn sehr gefreut, obwohl er sich noch mehr gefreut hätte, wenn er es dabei belassen hätte.

Stadtrat Bernhard Marti habe erwähnt, dass die bestmögliche Lösung einen Schönheitsfehler habe. Er habe in seinem Eingangsvotum aber auch selber schon gesagt, dass wahrscheinlich alle Lösungen einen Schönheitsfehler aufweisen, weil es keine perfekte Lösung gebe. Es gelte nun eine Güterabwägung vorzunehmen, um zu klären, was einem wichtiger sei. Für ihn persönlich stelle sich die zentrale Frage, ob das Risiko eingegangen werden soll, sich plötzlich in die Geiselnhaft irgend einer extremen Gruppe - welche sich auf der einen oder anderen Seite des politischen Spektrums positioniere - zu begeben, die irgend jemanden ins Parlament schicken könne, ohne dass jemand etwas dazu sagen könne, oder ob dieser Möglichkeit ein "Riegel vorge-schoben" werden soll. Er sei ganz klar der Meinung, dieser Möglichkeit einen "Riegel verschieben" zu müssen, weshalb er das Parlament dazu ermuntere, ein entsprechendes Signal zu setzen, damit der Gemeinderat und die Verwaltung in aller Ruhe nach der bestmöglichen Lösung suchen können. Die in der Motion erwähnte Lösung werde als "Skizzierung einer möglichen neue Fassung" erwähnt, womit die künftige Lösung aus der Bieler-Variante oder aus etwas Neuem bestehen könnte. Er bitte darum, der Motion zuzustimmen, damit der heutige Zustand geändert werden könne.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

I. Die Motion Dietrich Pascal (JL) und Mitunterzeichnende vom 23. Januar 2012: Für eine bessere demokratische Legitimation der Ratsmitglieder (Änderung der Art. 47 und 48 des Wahl- und Abstimmungsreglementes) **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 11 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

II. 1. Die Motion Dietrich Pascal (JL) und Mitunterzeichnende vom 23. Januar 2012: Für eine bessere demokratische Legitimation der Ratsmitglieder (Änderung der Art. 47 und 48 des Wahl- und Abstimmungsreglementes) **wird nicht erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Interpellation Rügger Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 20. Februar 2012 betreffend die Entwicklung der Steuerverluste; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion: Für die rasche und umfassende schriftliche Beantwortung seiner Fragen zu den Steuerverlusten danke er dem Gemeinderat bestens. Mit Interesse habe er die Ausführungen zur Kenntnis genommen. Dass die Entwicklung der Steuerverluste auch in Zukunft eng verfolgt werden müsse, zeige sich in der Erhöhung der Verluste im letzten Jahr auf immerhin über Fr. 477'000.00.

Die Anzahl und die Höhe der Steuerstundungsgesuche der natürlichen Personen habe ihn auf den ersten Blick erstaunt. Im letzten Jahr seien diese immerhin auf 1'252 Gesuche oder auf einen Betrag von Fr. 6,85 Mio. angestiegen. Allerdings würden sich die daraus resultierenden Verluste in sehr engen Grenzen halten, was sicher als positiv vermerkt werden dürfe.

Es zeige sich, dass ein Grossteil der Langenthalerinnen und Langenthaler, die ihre Steuern nicht pünktlich bezahlen können, sich direkt melden, um nach Lösungen zu suchen und nicht erst reagieren, wenn die Steuern zwangsweise eingetrieben werden müssen. Er sei froh, wenn der eingeschlagene restriktive Weg bei der Bewilligung von Steuererlassgesuchen auch in Zukunft weitergeführt werde. Er gehe davon aus, dass sich die Zahlungsmoral in der nächsten Zeit nicht verbessern werde, weil sich die Liquiditätslage der juristischen wie auch der natürlichen Personen verschlechtern werde.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 4. April 2012 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Konzept "Bewegungsraum und Sportanlagen"

Gemeinderätin Paula Schaub-Holt: Der Startschuss zum Konzept habe das *Postulat (gewandelte Motion) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen (eingereicht und begründet am 29. Juni 2009; am 15. August 2009 per Mail in Postulat gewandelt; erheblich erklärt am 26. Oktober 2009; abgeschrieben am 27. Juni 2011)* gegeben.

Inzwischen habe das damals verlangte Sportstätten-Konzept ein kleines sprachliches Facelifting erhalten, indem nicht mehr von Sportstätten, sondern von Sportanlagen die Rede sei. Ausserdem sei das Konzept auch um den Begriff "Bewegungsräume" erweitert worden, weil dies absolut Sinn mache.



Viele Gemeinden seien bereits besser informiert als das Langenthaler Parlament, da das Konzept in den Medien (beispielsweise im Heft Nr. 3/2012 der Commune Suisse) bereits vorgestellt und als beispielhaft präsentiert worden sei.

Mit der Ist-Bestandesaufnahme sei die Anzahl und die Nutzungsmöglichkeiten der bestehenden Anlagen sowie deren baulicher und betrieblicher Zustand ermittelt worden. Der Soll-Bedarf zeige den Bedarf der Einwohnenden.

Der Ist-Bestand dem Soll-Bedarf gegenübergestellt, kläre den üblichen Bedarf und welche übergeordneten Zielsetzungen und bedarfsdeckenden Massnahmen zu ergreifen seien.





Da die Planungsinstrumente durch die zu ergreifenden Massnahmen beeinflussen werden, müsse in Bezug auf die Raumplanung geklärt werden, ob allenfalls eine Überarbeitung des Zonenplans nötig sei (Gebiete ausscheiden in ZöN oder für Sportanlagen) und wo weiterer Handlungsbedarf - auch in Bezug auf die Finanzplanung - bestehe.

Um den Soll-Bedarf zu ermitteln, seien öffentliche Befragungen initialisiert worden. Sämtliche Schulen hätten daran teilgenommen. Mittels Fragebogen seien die Sportlehrkräfte und die Schulleitungen und mittels einem separaten, bedürfnisgerechten Fragebogen die Haus- und Anlagewart befragt worden. An der Befragung hätten auch 40 Langenthaler Sportvereine von sich aus mitgemacht. Auch die Bevölkerung sei eingeladen worden, sich aktiv zu beteiligen. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung seien zwar etwas spärlich ausgefallen, was aber dem üblichen Rücklauf von Reaktionen bei öffentlichen Befragungen entspreche.



Das Stadtbauamt habe das Dokument "Sammlung Objektdaten" erstellt.

Darauf aufbauend habe die Strupler Sport Consulting das Dokument "Bewegungsraum und Sportanlagen" ausgearbeitet, welches Ergebnisse enthalte, die auf detaillierten Erhebungen basieren.

Das Konzept sei wiederum vom Stadtbauamt erarbeitet worden, womit nun insgesamt drei Papers vorliegen, mit denen gearbeitet werden könne.

Anhand des Beispiels der Turnhalle der Volksschule Hard in der Objektkategorie A "Turn und Sporthallen", lasse sich aufzeigen, welche Objekt-Informationen beispielsweise den Mietinteressenten (Auswärtigen, Schulen etc.) zur Verfügung stehen.





stadtlangenthal

Direkte Bezüge des Konzeptes zu anderen Konzepten

Städtische Kinderspielfläche
Stadt Langenthal

Konzept und Massnahmenplan



Schulraumentwicklung
Langenthal - Gesamtkonzept

Grundlage für das Ausleihen von planerischen und baulichen Massnahmen



Damit das Konzept nicht auf einsamer Flur oder gar in einer Schublade sein Dasein friste, seien direkte Bezüge zu den zwei anderen laufenden Projekten (Kinderspielflächenkonzept und Schulraumentwicklung) hergestellt worden. Insbesondere die vorhandenen Überschneidungen zur Schulraumentwicklung seien wichtig, da die Schulklassen tagsüber die Anlagen benützen, die Abends von den Vereinen belegt seien.

Die Zusammenstellung der Anlagen diene auch der Erstellung eines über die städtischen Anlagen auszuarbeitenden Betriebskonzeptes oder zur Erstellung eines Schliessanlagekonzeptes. Mit den Daten liegen Informationen vor, die sofort verwendet werden können, ohne diese vorher zusammensuchen zu müssen. Künftig seien die baulichen Zustände der Anlagen vergleichbar, womit die Festsetzung von Prioritäten in Bezug auf die Sanierungen und den Unterhalt vereinfacht werden könne.

Die Projektgruppe sei durch Personen abgestützt gewesen, die gleichzeitig beim Sportanlagenkonzept als auch beim Schulraumprojekt mitgearbeitet haben, womit allfällige Überschneidungen möglichst verhindert worden seien. Die Projektgruppe habe auch aus Personen der Bau- und Planungskommission und weiterer Beteiligten bestanden.

Empfehlungen der Projektgruppe im Bereich normierte Sportanlagen (A-D):

stadtlangenthal

Empfehlungen der Projektgruppe im Bereich normierte Sportanlagen (A-D)

Die Stadt Langenthal verfügt über ein zeitgemässes Sportanlagenangebot, welches den wichtigsten Bedürfnissen und dem heutigen Standard entspricht.

Das Turn- und Sporthallenangebot steht entsprechend dem Bedarf des Schulsports unter Einbezug der Bedürfnisse des kantonalen Schulsports und des Vereinssports im Zentrum. Mögliche Synergien werden optimal genutzt.

Mittelfristig stehen folgende Massnahmen zur Diskussion:

- Ein Neubau einer 3-fach Turn- und Sporthalle wird erstellt.
- Der Neubau eines Kunstrasenfeldes wird in Ergänzung zu den bestehenden Feldern geprüft.
- Der Neubau oder die Erweiterung eines bestehenden Hallenbades wird im regionalen Kontext geprüft.
- Die Vision einer privat initiierten, regional ausgerichteten Eishalle wird unterstützt.

stadtlangenthal

Empfehlungen der Projektgruppe im Bereich erweiterter Bewegungs- und Erholungsraum (E-H)

Die Stadt Langenthal verbessert und erweitert die Bewegungs- und Sportmöglichkeiten auch ausserhalb der normierten Anlagen. Damit werden breite Bevölkerungskreise auf relativ kostengünstige Weise zu vermehrter Bewegungsaktivität animiert.

Mittelfristig stehen folgende Massnahmen zur Diskussion:

- Bestehende öffentliche Spielfläche und Pausenplätze von Schulen werden auf den heutigen Standard gebracht.
- Neben den Sportanlagen werden öffentliche Plätze, Quartierstrassen und Naherholungsgebiete für Sport und Bewegung genutzt.
- Lücken beim wohnraumnahen Bewegungsangebot in ungenügend versorgten Quartieren werden geschlossen. Dabei sind alle Altersgruppen einzubeziehen.
- Die vorhandenen Angebote für Laufen, Walking und Jogging werden punktuell verbessert.

Ein grosser Teil der sportlichen Aktivitäten finde bereits heute im erweiterten Bewegungsraum statt.



Kostenschätzungen der Massnahmen:

Die Investitionskosten von privaten und regionalen Vorhaben seien in der Schätzung (noch) nicht berücksichtigt.

Die geschätzten Investitionen würden sich auf rund Fr. 32,0 Mio. belaufen.

stadtlangenthal

Massnahmen (A-B)

	Investitionen	Gewichtung	Zwängend	Nutzer	Bedeutung	1. Schritte
A Turn- + Sporthallen	21.1 Mio					
Sanierung best. Hallen	10.1 Mio	1	ja	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Erhaltung einer Standardanlage Fortsetzung der Priorisierung der Hallen Gesamtkonzept für die Halleninfrastruktur
Neubau 3-fach Halle (inkl. Scheinwerfer und Kleinterrasse)	11.0 Mio	2	ja	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Studie betreffend Standort und Nutzungskonzept
B Freizeitanlagen	9.1 Mio					
Sanierung Freizeitanlagen	5.6 Mio	2	nein	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Nutzungskonzept aller Anlagen Bedarfsabklärung und Standortbestimmung der Ausweichstandorte für Freizeitanlagen Fussball auf die vorhandenen Spielfelder Schaffen von notwendigen Voraussetzungen wie Platzkonzept, Bodenbau, Entwässerung, Beleuchtung
Neubau Kunstrasenfeld	1.5 Mio	2	nein	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Vorprojekt für Kunstrasenfeld
Sanierung Stadion Hard	1.0 Mio	3	nein	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Bedarfs- und Betriebskonzept des Stadions Hard
Erneuerung Fussballanlage Rankmatte	...*	3	nein	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Regional	<ul style="list-style-type: none"> Privat initiiertes Projekt (Ornithen FCJ)

* Investitionskosten von privaten Vorhaben nicht aufgeführt

stadtlangenthal

Massnahmen (C-D)

	Investitionen	Gewichtung	Zwängend	Nutzer	Bedeutung	1. Schritte
C Schwimmanlagen	3.0 Mio					
Sanierung Schwimmbad	3.0 Mio	3	nein	25.4% der Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Energiekonzept für das Freibad erstellen und umsetzen
Neubau Hallenbad	...*	4	nein	25.4% der Bevölkerung	Regional	<ul style="list-style-type: none"> Machbarkeitsstudie regional prüfen
D Eisport-, Rollsport-, Tennis- und weitere normierte Anlagen						
Neubau Eishalle	...*	5	nein	1.6% der Bevölkerung	Regional	<ul style="list-style-type: none"> Privat initiiertes Projekt: Standortabklärung/Standortauswahl Eishalle/Teufelche

* Investitionskosten von privaten und regionalen Vorhaben nicht aufgeführt

stadtlangenthal

Massnahmen (E-H)

	Investitionen	Gewichtung	Zwängend	Nutzer	Bedeutung	1. Schritte
E Bewegungsförderlicher Städtungsraum						
Kinder Spielplätze	1.0 Mio	1	ja	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Gesamtkonzept „Umsetzung Kinderspielplätze“*
F Radwege, Bike- und Inlinestrecken						
Keine Massnahmen						
G Fuss- und Wanderwege, Laufstrecken, Vira-Parcours, Reihwege						
Finnenbahn	0.3 Mio	3	nein	Schulen/ Venen/ Bevölkerung	Stadt	<ul style="list-style-type: none"> Vorprojekt
H Wassersportmöglichkeiten in offenen Gewässern						
Keine Massnahmen						

Das Konzept dürfe nicht unbeweglich in eine Schublade gesperrt werden.

Aus raumplanerischer Sicht könne gesagt werden, dass die vorgeschlagenen Massnahmen innerhalb des heute geltenden Zonenplans umsetzbar wären bzw. mit entsprechenden Überbauungsordnungen realisierbar gemacht werden könnten.

Heute liege eine objektive Datengrundlage vor, mit welcher weitere Entscheide - insbesondere für Investitionen - getroffen werden können.

stadtlangenthal

Fazit

Das Konzept bzw. die darin vorgeschlagenen Massnahmen sollen politisch gewichtet werden und Eingang in die Richtlinien der Regierungstätigkeit der neuen Regierung (2013 - 2016) finden.

Das Sport-Finanzpolitische-Seilziehen werde die Arbeit in den nächsten Jahren mitprägen. Mit dem Sportanlagen- und Bewegungsraumkonzept liege nun eine Gesamtübersicht vor, welche bereits heute mögliche Konsequenzen und Auswirkungen aufzeige. Anstatt nur punktuell reagieren zu können, liefere das Konzept einen Überblick über alle jetzt bestehenden Angebote und Anlagen sowie die Bedürfnisse. Mit der systematischen Bestandes- und Bedarfserhebung liege eine optimale Grundlage vor, um die Finanzen effizient und zielgerichtet einzusetzen. Sport und Bewegung stelle hinsichtlich der Gesundheitsprävention als auch aus integrationspolitischen Gründen eine wichtige kommunale Aufgabe dar.



Langenthal bewege sich. Langenthal bewege sich auch innerhalb des Konzepts zwischen Traum und Realität. Langenthal bewege sich zwischen dem Konzept und dem Finanzplan. Langenthal bewege sich zwischen Wünschen und dem Steuersatz. In diesem Sinne rufe sie dazu auf: "let's go!"

■ "Sicherheitskonzept für die Stadt Langenthal"

Gemeinderat Rolf Baer: Die Mitteilung beziehe sich auf das *Postulat (umgewandelte Motion) Freudiger Patrick und Schaller Albert (beide SVP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Mehr Sicherheit durch Videokameras im öffentlichen Raum" (erheblich erklärt am 10. Mai 2010).*

Da die Frist seit der Erheblicherklärung zu beachten sei, informiere er den Stadtrat im Namen des Gemeinderates darüber, dass das postulierte Anliegen in die Erarbeitung des Sicherheitskonzepts der Stadt Langenthal miteinbezogen werde.

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 14. März 2012 habe der Gemeinderat unter anderem die Handlungsfelder des Sicherheitskonzepts definiert, die Projektorganisation bestimmt, den zeitlichen Ablauf festgelegt und die erforderlichen Mittel bewilligt.

Per se sei Sicherheit ein "weites Feld". Sicherheit beginne bereits im Haushalt und ziehe sich hin bis in den Bereich von Naturkatastrophen. Der Gemeinderat habe sich am Bieler-Sicherheitskonzept orientiert und sich - unter Berücksichtigung der Auswertung einer repräsentativen Sicherheitsumfrage - die Festlegung der Handlungsfelder nicht einfach gemacht. Im Wesentlichen gehe es darum vor allem im öffentlichen Raum die folgenden gesetzten Ziele zu erreichen:

- Reduktion der Sicherheitsbeeinträchtigungen, welche durch eine Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, durch Personen aus der Szene oder von einer Minderheit nicht integrierter Migrantinnen und Migranten hervorgerufen werden
- Erhöhung des Sicherheitsgefühls von Frauen und älteren Menschen
- Förderung angstfreier Aufenthaltsräume
- weitere Reduktion von Verkehrsunfällen mit Personenschäden

Das Konzept soll im Spätherbst vorliegen, so dass anfangs 2013 mit der Umsetzung von konkreten Massnahmen begonnen werden könne.

■ Kaufvertrag zwischen der Solar Industries AG und der Stadt Langenthal (Steiachermatte, Langenthal Gbbl. 5142)

Stadtpräsident Thomas Rufener: Oftmals komme es darauf an, welche Voraussetzungen geschaffen werden, um Abmachungen zu treffen; insbesondere dann, wenn die Abmachungen in der Folge nicht eingehalten werden.

Es sei noch kaum ein Jahr her, dass das Parlament - mit einer gewissen Euphorie und einem hohen Erwartungsgehalt - eine Idee verabschiedet habe. Namentlich der Landverkauf der grössten zusammenhängenden Parzelle im Besitz der Stadt Langenthal an die Solar Industries AG. Mittlerweile habe festgestellt werden müssen, dass nicht alles gut werde, was einmal als gut beurteilt worden sei.

Letztendlich hätten sich die in die Vertragswerke eingebauten Sicherungsmassnahmen als richtig erwiesen. Damit seien die Voraussetzungen geschaffen worden, um aktiv werden zu können. In diesem Zusammenhang danke er namens des Gemeinderates allen für die Unterstützung, die nötig gewesen sei, da es bei der Realisierung eines Projektes nicht immer so einfach sei, über Sicherungsmassnahmen zu diskutieren, die im entsprechenden Eintretensfall greifen sollen.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Er halte fest, dass die Solar Industries AG grundsätzlich die vertraglichen Abmachungen gegenüber der Stadt Langenthal eingehalten habe, indem die Solar Industries AG die erste Kaufpreistranche vereinbarungsgemäss und fristgerecht bezahlt habe. Ende 2011 seien dann aber Anzeichen einer ungenügenden Zahlungsbereitschaft bekannt geworden. Der Gemeinde habe sich dadurch veranlasst gesehen, den Kontakt zu den Hauptaktionären - insbesondere mit der Firma EWB (Energie Wasser Bern) - zu suchen. Ab Januar 2012 sei das Thema zum Dauertraktandum an Gemeinderatssitzungen definiert worden, so dass der Gemeinderat an jeder Sitzung über die inzwischen in Erfahrung gebrachten Informationen aufdatiert worden sei.

Wichtig zu wissen sei, dass auf dem Grundstück bauliche Massnahmen im Sinne von Bauvorbereitungen getroffen worden seien (Materialaustausch, Pfählungsmassnahmen). Der Bau sei gemäss Baureglement aber nie angefangen worden, weil nie eine Schnurgerüstabnahme erfolgt sei, womit in diesem Sinne effektiv auch keine baulichen Massnahmen stattgefunden haben. Es sei dann aber bekannt geworden, dass Massnahmen der Bauvorbereitung noch Ende Jahr 2011 vorgenommen worden seien und dass die Firmen, die diese Arbeiten ausgeführt haben, nicht vollständig dafür bezahlt worden seien. Das wiederum habe diese Firmen im Februar 2012 bewogen, auf der Parzelle ein Bauhandwerkerpfandrecht anzumelden und eintragen zu lassen.

Mit dieser Situation habe sich der Gemeinderat konfrontiert gesehen. Der Gemeinderat habe in der Folge entschieden, alle Anstrengungen zu unternehmen, um wieder in das Eigentum des Landes zu kommen. Der Gemeinderat habe den Kontakt zu den verantwortlichen Personen hergestellt und einen Kaufvertrag vorbereitet, welcher im Wesentlichen zum Inhalt habe, die Parzelle zu den genau gleichen Bedingungen wie beim Verkauf vereinbart, wieder in das Eigentum der Stadt zu bringen. Das betreffe sowohl den unentgeltlich abgegebenen Streifen als auch das Land zum Preis von Fr. 150.00 pro m². Da der Gemeinderat natürlich die von den Unternehmung getroffenen Sicherungsmassnahmen (Eintrag Bauhandwerkerpfandrecht) nicht einfach habe akzeptieren können, sei ein Weg gesucht und gefunden worden, indem die Firmen direkt von der Stadt Langenthal aus vergütet werden, wenn sichergestellt sei, dass das Bauhandwerkerpfandrecht gelöscht werde. Das Bauhandwerkerpfandrecht sei in der Zwischenzeit gelöscht und das Grundstück im Grundbuch wieder unter dem Namen der Stadt Langenthal eingetragen.

Der Kaufvorvertrag der Parzelle 5051 - die beim ursprünglichen Verkauf an die Solar Industries AG wegen fehlenden Voraussetzungen aus der Landumlegung mit der Bahn 2000 noch nicht direkt habe verkauft werden können - sei ebenfalls aufgehoben worden.

Der heutige Status präsentiere sich wie folgt: Die Parzelle 5142 und die Parzelle 5051 in der Steiachermatte gehöre der Stadt Langenthal.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber erteilt Stadtrat Markus Gfeller, FDP-jll-Fraktion im Sinne von Artikel 32 Geschäftsordnung des Stadtrates das Wort¹.

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Der FDP/jll-Fraktion sei es ein Anliegen, dem Gemeinderat, der Verwaltung und allen Beteiligten herzlich zu danken, einen so gescheiterten, umsichtigen und kompetenten Vertrag ausgefertigt zu haben, so dass das Geschäft zum Glück und zu Gunsten der Stadt Langenthal habe abgeschlossen werden können.

¹ **Art. 32 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Persönliche Erklärung)

Jedes Stadratsmitglied, die Fraktionen und die Mitglieder des Gemeinderates sind berechtigt, nach Abschluss der Traktandenliste eine Erklärung abzugeben. Diese Erklärung ist kurz und sachlich zu halten.



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

- **Motion Aeberhard Anna (GL) und Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 9. Mai 2011: Einführung des Gebäudestandards 2011** (als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 22. August 2011)

Stadtpräsident Thomas Rufener: In Stellvertretung der abwesenden Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst informiere er den Rat, dass der Bericht betreffend die hängige Richtlinienmotion, welcher eigentlich nach 9 Monaten im Stadtrat zur Präsentation fällig gewesen wäre, an der Stadtratssitzung vom 18. Juni 2012 vorliegen werde. Aufgrund des Mutterschaftsurlaubes von Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst habe die Berichterstattung etwas verschoben werden müssen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 A. Eingereichte überparteiliche Motion der SP, EVP, GL und glp vom 7. Mai 2012: Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal

Motionstext:

"Überparteiliche Motion zur Einführung von Schulsozialarbeit in Langenthal"

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat fristgerecht eine Vorlage zu unterbreiten, so dass auf Beginn des Schuljahres 2013/14 oder, falls wichtige Gründe einen vorherigen Start verhindern, spätestens auf Beginn des Schuljahres 2014/15 in Langenthal eine flächendeckende Schulsozialarbeit eingeführt wird.

Begründung:

- *45 Gemeinden (darunter alle Gymnasiums-Gemeinden ausser Langenthal) haben Schulsozialarbeit bereits eingeführt, rund 40 weitere Gemeinden planen die Einführung.*
- *Mit dem revidierten Volksschulgesetz trägt der Kanton neu 30% der Kosten für Schulsozialarbeit. Der Kanton setzt damit ein klares Zeichen für die Schulsozialarbeit. Er erachtet das Angebot als wirkungsvolle, präventive Unterstützungsmassnahme, ihr Wert ist unumstritten.*
- *Schulsozialarbeit ist ein Angebot, das von Schüler/-innen, Eltern und Lehrpersonen unbürokratisch in Anspruch genommen werden kann. Im Gegensatz zu anderen Unterstützungsangeboten ist sie in der Schule räumlich anwesend. Dort bietet sie Beratungen und Interventionen an. Schulsozialarbeit begleitet und berät Jugendliche in schwierigen Situationen, entlastet Lehrpersonen und stützt Familien. Schulsozialarbeiter/-innen führen Projekte mit Gruppen oder in Klassen durch und beteiligen sich an Fragen der Schulentwicklung. Schulsozialarbeit ist niederschwellig und kann durch kein anderes Angebot ersetzt werden.*
- *98 von 144 Lehrpersonen erachten die Einführung einer Schulsozialarbeit als notwendig. In allen Schulzentren Langenthals würde die Einführung von Schulsozialarbeit mehrheitlich begrüsst. Dies ergab eine Umfrage vom Juli 2011 im Rahmen einer Bachelorarbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW).*
- *Das Sozialamt der Stadt Langenthal erhält rund 15-20 Gefährdungsmeldungen von Schulen pro Jahr. Meist sind die Probleme der darin befindlichen Kinder, Jugendlichen und Familiensysteme bereits derart fortgeschritten und komplex, dass teure sozialpädagogische Massnahmen folgen müssen. Erfahrungen in verschiedenen Gemeinden zeigen, dass die Anzahl Gefährdungsmeldungen mit der Einführung von Schulsozialarbeit abnimmt.*
- *Sämtliche, in der erwähnten Bachelorarbeit befragten, Fachkreise (Erziehungsberatung, Sozialamt, Volksschulkommission) befürworten die Erarbeitung eines Konzepts zur Einführung von Schulsozialarbeit (vgl. Prüfbericht vom 14. September 2011 zum Postulat «Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal».)"*

*Pierre Masson (SP), Daniel Steiner (EVP),
Anna Aeberhard (GL), Manuel Ischi (glp)*

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 B. Eingereichte Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Standortplanung Mobilfunkantennen (Kaskadenmodell)

Motionstext:

"Standortplanung Mobilfunkantennen (Kaskadenmodell)

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine kommunale Standortplanung für Mobilfunkantennen festzulegen, welche sich am Kaskadenmodell (zonenabhängige Standortprioritäten) von Urtenen-Schönbühl orientiert.

Begründung:

Das Geschäft mit der mobilen Kommunikation boomt und zeigt ein enormes Wachstumspotential. Die Kehrseite ist ein immer dichteres Antennennetz mit entsprechender Belastung der Bevölkerung durch elektromagnetische Strahlung. Die ökonomischen Interessen der Anbieter, die Kommunikationsbedürfnisse der Nutzer, die noch immer offenen Fragen allfälliger gesundheitlicher Risiken, sowie Wertminderungen von Liegenschaften bergen ein grosses Konfliktpotential. Eine Möglichkeit, auf Gemeindeebene dem Schutz der Bevölkerung gerecht zu werden ohne die neuen Kommunikationstechniken zu verhindern wäre eine Zonenplanung nach dem Kaskadenmodell, wie es die Gemeinde Urtenen-Schönbühl eingeführt hat und welche nun vom Bundesgericht als rechtmässig anerkannt wurde.

Die Gemeinde Langenthal stand schon einmal im nationalen Rampenlicht, als sie 2005 aufgrund einer Petition ein Antennenmoratorium aussprach. Dank übergeordnetem Recht konnten die Mobilfunkanbieter damals jedoch ihre Interessen durchsetzen. Mit einer entsprechenden Bauzonenregelung könnte die Gemeinde autonom über neue Antennenstandorte entscheiden, um einen ausufernden Wildwuchs von Mobilfunkantennen zu verhindern."

Christoph Stäger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

8 C. Eingereichte Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Renovation Chrämerhuus Langenthal

Motionstext:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Projekt für die Renovation des Chrämerhuus auszuarbeiten, und anschliessend das Projekt mit einem entsprechenden Kreditantrag dem Stadtrat vorzulegen.

Begründung:

Der Betrieb des Restaurant Chrämerhuus ist Bestandteil der regionalen Kulturkonferenz. Die Investitionen sind jedoch durch die Stadt Langenthal zu tragen.

Der im letzten Jahr eingeweihte Wuhrplatz hat die Stadt Langenthal viel gekostet. Der Begegnungsplatz soll möglichst viel genutzt werden, damit aufgezeigt werden kann, dass sich die Investitionen in einen kulturell vielseitigen Platz gelohnt haben.

Die Stadt Langenthal, mit dem Label als Energiestadt, hat die stadteigenen Liegenschaften vorbildlich zu unterhalten.

Dies sind drei von vielen Gründen, warum die Stadt Langenthal Handlungsbedarf hat. Die Stadt Langenthal hat Vorbildfunktion. Die Vorbildfunktion ist nicht nur auf Papier festzuhalten, in dem wir uns Energiestadt nennen, sondern auch in Taten. Eine dieser Taten ist die Renovation des Chrämerhuus."

Stefan Ryser und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8D. Eingereichte Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Zentrumsnaher Erlebnisspielplatz

"Zentrumsnaher Erlebnisspielplatz"

Begründung:

Der Frühling mit dem sonnigen Wetter lockt viele Familien, Kinder und Kleinkinder an die frische Luft. Das Bedürfnis bei den Kindern steigt, sich an kindergerechten, attraktiven Spielplätzen auszutoben.

Für viele Langenthaler Mütter und Väter ist ein zentrumsnaher Erlebnisspielplatz für ihre Kinder ein grosses Anliegen. Leider fehlt in Langenthal ein entsprechender attraktiver und ansprechender Spiel- und Begegnungsort. Die Bevölkerung ist enttäuscht, dass kein konkretes Projekt umgesetzt wurde, obwohl darüber seit Jahren diskutiert wird.

Mehrere Gemeinden in unserer Umgebung haben bereits vorbildlich einen umfangreichen Spielplatz umgesetzt. Es ist für eine Stadt unserer Grösse bedauerlich, dass in Langenthal kein vergleichbares Angebot besteht. Langenthal sollte in der Lage sein, einen attraktiven Erlebnisspielplatz anzubieten, zumal sogar zweckgebundenes Geld des Anzeigers in der Höhe von Fr. 313'700.00 dafür vorhanden ist. Zudem würde ein solches Angebot zu einer Attraktivierung der Stadt beitragen und das familienfreundliche Image unterstreichen.

Die Um- und Neugestaltung des Hirschpark-Spielplatzes erweist sich als schwierig und stagniert. Zudem bietet der Hirschpark mit all den Tieren als solches schon genügend Erholungs- und Erlebnisraum für die Kinder. Daher ist eine Konzentration auf diesen Standort nicht zwingend.

Das von der EVP geforderte Gesamtkonzept zur Überprüfung, Erneuerung und Schaffung von Kinderspielplätzen in Langenthal (Postulat erheblich erklärt am 19. November 2007) ist gegenwärtig in Erarbeitung. In einem ersten Schritt ist darin vorgesehen, den Kinderspielplatz an der Haldenstrasse zu attraktivieren.

Unabhängig oder zusätzlich zu den im Spielplatzkonzept vorgesehenen Massnahmen sollte auch die Realisierung eines attraktiven, zentrumsnahen Erlebnisspielplatzes nach dem Vorbild mehrerer Gemeinden in unserer Umgebung an die Hand genommen werden. Dabei könnte der Rumipark ein geeigneter Standort sein. Dieser wird zu wenig besucht, wirkt wenig einladend für Kinder und Eltern und wird daher auch nicht optimal ausgenutzt. Diese städtische Landparzelle, umfunktioniert in einen Erlebnisspielplatz, könnte zu einem Aushängeschild für Langenthal werden.

Motionstext:

Der Gemeinderat wird aufgefordert einen zentrumsnahen Erlebnisspielplatz zu realisieren. Es ist dem Gemeinderat überlassen, das Anliegen prioritär im Rahmen des zu erwartenden Spielplatzkonzeptes oder losgelöst vom Konzept zu realisieren."

Anita Steiner-Thaler und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 E. Eingereichte Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Transportable Spielgeräte auf dem Wuhrplatz

"Transportable Spielgeräte auf dem Wuhrplatz

Begründung:

Seit letztem Jahr zeigt sich der Wuhrplatz in einem neuen, einladenden Kleid. Der Platz ist ein beliebter Begegnungsplatz für Jung und Alt. Zudem stellt er immer wieder für diverse Anlässe eine attraktive «Bühne» dar.

Auch Kinder verweilen gerne auf dem grossen Wuhrplatz. Es werden dort Spiele wie Fangen etc. gespielt.

Kinder und Eltern halten auf dem Wuhrplatz jedoch vergebens nach Spielgeräten Ausschau. Der neue Begegnungsplatz beherbergt auch keinen Spielplatz. In den Planungsanfängen wurde dies zwar geprüft, aber dann verworfen, da fixe Installationen für viele Anlässe und Platzumnutzungen hinderlich wären. Dieser Entscheid ist nachvollziehbar, doch wäre ein kleines Spielgeräteangebot auf dem Wuhrplatz für Kinder eine Attraktion und Anziehungspunkt.

Transportable Spielgeräte würden den Wuhrplatz wertvoll ergänzen und mit grosser Sicherheit von Familien rege genutzt. Auch während Einkäufen könnte der Wuhrplatz in den Frühlings-, Sommer- und Herbstmonaten vermehrt zu einer Pause und unterhaltsamer Abwechslung einladen. Der Wuhrplatz dürfte als aktive Begegnungszone für Familien glänzen, würde zur Attraktivierung der Stadt beitragen und das familienfreundliche Image unterstreichen.

Die transportablen Spielgeräte könnten auf dem Wuhrplatz der Bevölkerung zur Verfügung stehen und bei Bedarf, z.B. bei Anlässen versorgt werden. Für die Spielgeräte müsste ein sicheres Depot bereitgestellt werden und so der Schutz vor Vandalismus gewährleistet werden.

Hier einige mögliche transportable Spielgeräte, welche den EU-Normen 1176 für öffentlichen Raum genügen: Grosse Spielkiste mit diversen Kleinspielgeräten, Pedalo, Bälle, Schach/Mühle, Hüpfspiel, evtl. Spiralwippe mit einfacher Verankerung etc. (siehe z. Bsp. www.Besag.ch)

Motionstext:

Der Gemeinderat wird beauftragt, transportable Spielgeräte auf dem Wuhrplatz anzuschaffen."

Anita Steiner-Thaler und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 F. Eingereichtes Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Schwimmunterricht

Postulatstext:

"Schwimmunterricht

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die Qualität des Schwimmunterrichts in Langenthal verbessert werden kann.

Begründung:

In der Schweiz haben sich von 2000-2010 jährlich zwischen 40 und 50 tödliche Schwimminfälle ereignet. Von den 497 waren 37 Todesopfer zwischen 5 und 14 Jahren. Erschreckend ist, dass ca. die Hälfte der 5-14-Jährigen in öffentlichen Bädern ertranken. Ertrinken ist im Alter von 5-14 Jahren die zweithäufigste Todesursache. Hauptgrund ist oft zu schlechte Aufsicht durch Eltern oder Betreuungspersonen. Die bfu hat dies erkannt und im April mit anderen Organisationen die Kampagne water safety gestartet.

Da in Langenthal an den Schulen kein Schwimmunterricht angeboten werden kann, sind Eltern dafür zuständig, dass ihre Kinder schwimmen lernen. Dazu greifen Familien oft zu den kompetenten Angeboten von ausgebildeten Schwimmlehrern und -lehrerinnen. Familien müssen bereit sein, jährlich gegen 400.00 Franken für diesen Unterricht auszugeben. In umliegenden Gemeinden ist der Schwimmunterricht teilweise in den Schulunterricht integriert."

Nathalie Scheibli und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 G. Eingereichtes Postulat Freudiger Patrick (SVP) und Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Gewährleistung der Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals

Postulatstext:

"Ordnung und Verfügbarkeit der historischen Dokumente Langenthals gewährleisten"

Der Gemeinderat wird eingeladen, folgendes Anliegen zu prüfen:

- *Es ist in Zusammenarbeit mit Pfarrer und Stadtchronist Simon Kuert umgehend eine inhaltliche Bestandesaufnahme aller historischen Dokumente Langenthals vorzunehmen.*

Begründung:

Langenthal verfügt über eine vielfältige und wertvolle Sammlung historischer Dokumente. Diese Materialien sind indes an verschiedenen Orten untergebracht. Der Stadtrat hat sich deshalb am 18. Mai 2009 einstimmig für ein Stadtarchiv ausgesprochen. Die Vorschläge zur Umsetzung dieses Auftrages erwartet die Langenthaler Öffentlichkeit mit Interesse.

Neben den räumlichen Grundlagen für ein Stadtarchiv fehlt weitgehend eine inhaltliche Bestandesaufnahme der historischen Dokumente Langenthals. Dieses Defizit kann bisher guten Teils dadurch ausgeglichen werden, dass Pfarrer Simon Kuert ein umfassendes Wissen über diese Dokumente besitzt und als Stadtchronist mit viel ehrenamtlichem Engagement die zahlreichen Anfragen zu bewältigen vermag. Dieses Wissen gilt es dauerhaft zu sichern und zu systematisieren, damit die zahlreichen Anfragen bewältigt werden können und eine ehrenamtliche Tätigkeit des Stadtchronisten auch in Zukunft möglich bleibt. Es erscheint sinnvoll, mit dieser Sicherung nicht bis zur Klärung der räumlichen Situation für ein Stadtarchiv zuzuwarten.

Der Gemeinderat wird deshalb ersucht, Massnahmen zu prüfen, um umgehend die Grundlagen für eine inhaltliche Bestandesaufnahme der historischen Werke Langenthals als historisches Gedächtnis der Stadt zu schaffen. Die Postulanten gehen dabei davon aus, dass hierfür keine zusätzlichen Stellenprozentage geschaffen werden müssen. Vielmehr kann in Zusammenarbeit mit interessierten Kreisen (z.B. Forschungsstiftung, Bürgergemeinde Langenthal, Kirchgemeinde Langenthal) und insbesondere Pfarrer/Stadtchronist Simon Kuert eine Lösung gefunden werden."

Patrick Freudiger, Urs Zurlinden und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 H. Eingereichtes Postulat Dietrich Pascal (il) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Wasserstadt Langenthal

Postulatstext:

"Wasserstadt Langenthal

Der Gemeinderat wird eingeladen, Massnahmen zur Renaturierung, Revitalisierung oder ästhetisch-optischen Aufwertung der Gewässer auf dem Gebiet der Stadt Langenthal begleitend zu geeigneten Bauvorhaben zu prüfen.

Begründung:

Die Geschichte Langenthals ist geprägt vom Element Wasser. Während Jahrhunderten wurden in Langenthal Sägereien und Mühlen mit Wasserkraft betrieben. Ebenfalls während Jahrhunderten verbreiteten die berüchtigten Hochwasser der «Langeten» Angst und Schrecken. Bis 1992 wurden die Wassermassen zumeist mehrmals jährlich mit dem sogenannten Notablass durch die Gassen der Stadt (bzw. des damaligen Dorfs) abgeleitet und unter dem Bahnhof und der Bäregg hindurch in den Hardwald geführt, wo sie versickerten und das Grundwasser anreicherten.

Durch Eindolung und Trockenlegung verschwanden schon seit Jahrzehnten immer mehr Fliessgewässer aus dem Stadtbild und dem Naherholungsraum um Langenthal. Die Inbetriebnahme des Hochwasser-Entlastungsstollens von Madiswil in die Aare vor 20 Jahren bedeutete eine Zäsur. Mit dem Bauwerk wurde Langenthal vor verheerenden Schadenhochwassern geschützt, als Folge davon ist jedoch das Element «Wasser» weitgehend aus dem Stadtbild verschwunden.

Am 17. März 2008 reichte Stadträtin Aysel Güler eine Motion ein betreffend die «Revitalisierung der Langeten». Der Vorstoss wurde - nach der Wandlung - als Postulat erheblich erklärt. (Auch) gestützt darauf wurde das Ingenieurbüro Scheidegger AG mit der Erstellung eines technischen Berichts mit Kostenschätzung betreffend die Revitalisierung der Fliessgewässer in Langenthal beauftragt. Der Bericht wurde im November 2010 abgeliefert und befasst sich mit den Projekten Weierbächli, Langete und Elzbächli. Aufgrund dieser Ausführungen hat der Gemeinderat beschlossen, die Revitalisierung des Weierbächli voranzutreiben. Das Postulat Güler wurde mit Beschluss des Stadtrats vom 27. Juni 2011 abgeschrieben.

Die Revitalisierung des Weierbächli war das klar bescheidenste und damit auch kostengünstigste der untersuchten Projekte. Der Entscheid des Gemeinderats ist aus finanzpolitischer Sicht verständlich. Nicht opportun wäre es jedoch, das Thema nun wieder für Jahre oder gar Jahrzehnte ruhen zu lassen. Mit Blick auf die erwähnte Geschichte unserer Ortschaft liegt es auf der Hand, Langenthal als «Wasserstadt» zu positionieren und dies bei der weiteren Entwicklung des Stadtbilds und der Naherholungsräume massgeblich zu berücksichtigen. Dies bedeutet konkret, dass bei geeigneten Bauvorhaben geprüft wird, ob damit eine Renaturierung, Revitalisierung oder mindestens ästhetisch-optische Aufwertung eines Fliessgewässers verbunden werden kann. In den letzten Jahren wurden diesbezüglich mehrere Chancen verpasst, so z.B. bei der Überbauung an der Melchnaustrasse (Ausdolung des Schuelbächli) oder bei der Neugestaltung des Rumiparks (Ausdolung des Ribigrabens).

Mit diesem Postulat soll erreicht werden, dass auf derartige Chancen zukünftig vermehrt ein Augenmerk gerichtet wird. Wichtig: Die Annahme des Postulats alleine löst keinerlei Kosten aus. Bei jedem geeigneten Bauvorhaben wäre erst einmal zu prüfen, ob Raum dafür besteht, das Anliegen des Postulats umzusetzen. Ist dies aber der Fall, so dürften durch die Nutzung von Synergien («gebaut wird so oder so») Kosteneinsparungen bei den effektiven Gewässerprojekten erzielt werden können."

Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates



Stadtrat

Protokoll der 3. Sitzung von Montag, 7. Mai 2012

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 I. Eingereichte Interpellation Scheibli Nathalie (SP) vom 7. Mai 2012 betreffend Wassersicherheitscheck (Water-safety-Kampagne der bfu)

Interpellationstext:

"Wassersicherheitscheck

Water-safety ist eine Kampagne der bfu und zahlreichen weiteren Vereinigungen im Bereich Sport, Sicherheit und Bildung. Im April 2011 wurde die Kampagne gestartet. Die Kampagne beinhaltet unter anderem den Wasser-Sicherheits-Check (WSC). Mit dem WSC wird mit den Kindern die Situation, eines Sturzes ins Wasser geübt. Die Kinder üben, diese Situation zu meistern und sich selber ans Ufer oder an den Rand zu retten. Die Erarbeitung der Kompetenzen ist auch mit Schulklassen möglich, die keinen regelmässigen Schwimmunterricht haben.

Neben Schwimmschulen und -Klubs, Schulen, SLRG Sektionen sind auch Gemeinden aufgefordert, den Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Wasserkompetenzen zu verbessern. Um die Wasserkompetenz von Langenthaler Kindern zu prüfen, könnte auch in der Badi WSC angeboten werden.

Fragen:

1. Wird in der Badi auf Sommersaison 2012 vorgesehen, die Kampagne zur Wassersicherheit der bfu durchzuführen?
2. Wird geplant, Wasser-Sicherheits-Checks durchzuführen?
3. Könnte der Schwimmclub gegen Bezahlung mit der Durchführung beauftragt werden?
4. Kann sich der Gemeinderat vorstellen, dass Langenthaler Kinder den WSC gratis absolvieren können?"

Nathalie Scheibli

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 J. Eingereichte Interpellation Ryser Stefan (SP) vom 7. Mai 2012 betreffend Verträge, Finanzen und Betrieb der Kunsteisbahn (KEB) Langenthal

Interpellationstext:

"Verträge, Finanzen und Betrieb der Kunsteisbahn (KEB) Langenthal

Wie der Presse entnommen werden konnte, wird der Gastrobetrieb der Kunsteisbahn neu durch den Schlittschuhclub Langenthal geführt. Die Detailorganisation erfolgt in den kommenden Wochen.

Die Stadt Langenthal beteiligt sich seit Jahren finanziell am Betrieb der Kunsteisbahn sowie an Vereinen, welche die Anlage benutzen. Für unsere Volksschule sowie für Bürgerinnen und Bürger steht die Kunsteisbahn zu definierten Öffnungszeiten zur Verfügung. Während der öffentlichen Nutzung war bis anhin auch der Restaurantbetrieb offen.

Ich bitte den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen zu vertraglichen Vereinbarungen:

1. *Welche vertraglichen Vereinbarungen bestehen zur KEB sowie zu involvierten Vereinen?*
 - a. *Finanzielle Vereinbarungen*
 - b. *Sicherheitstechnische Vereinbarungen*
 - c. *Sonstige Verträge*
2. *Welche vertragliche Änderungen sind geplant?*

Ich bitte den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen zu den Finanzen:

1. *Wie sieht die finanzielle Beteiligung der Stadt Langenthal an die KEB sowie an involvierte Vereine in Zukunft sowie im Vergleich der Vorjahre aus?*
 - a. *Geldleistungen*
 - b. *Mieten, Verrechnungen*
 - c. *Weitere Leistungen (z.B. Leistungsvertrag mit dem SCL betreffend Sicherheit)*
2. *Welche Investitionen sind für die nächsten Jahre geplant*
 - a. *Zeitpunkt der Investitionen*
 - b. *Art der Investitionen*

Ich bitte den Gemeinderat um Beantwortung folgender Fragen zu den Öffnungszeiten:

1. *Wird der Gastrobetrieb wie gewohnt während den Öffnungszeiten für die Volksschule sowie für Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung sichergestellt?"*

Stefan Ryser

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 K. Eingereichte Interpellation Morgenthaler Helena (SVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012 betreffend die Verkehrssituation Jurastrasse 26 - 46

Interpellationstext:

"Verkehrssituation, Jurastrasse 26-46

Auf der Höhe der Liegenschaften Jurastrasse 28 und 29 in Richtung Bahnhof «drehen» viele Verkehrsteilnehmer die Motoren ihrer Fahrzeuge auf. Gezwungenermassen müssen diese dann vor der Linkskurve beim Bahnhof wieder unter Getöse hinuntergebremst werden. Das Ganze spielt sich ebenfalls in der entgegengesetzten Richtung ab, und zwar insbesondere in den Nächten Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag. Manche Autofahrer machen sich gar einen Spass daraus, diese Strecke immer und immer wieder zu befahren, um wahrscheinlich kurz die Leistungsfähigkeit ihrer Fahrzeuge zu testen.

Höhepunkt dieses traurigen Kapitels ist der schwere Unfall nach der Rechtskurve als im letzten Herbst ein Fahrer wegen übersetzter Geschwindigkeit auf der entgegengesetzten Strassenseite frontal in ein anderes Auto hineinfuhr.

Auf diesem Abschnitt der Jurastrasse sind Sicherheit und normale Lärmimmissionen nicht mehr gegeben.

Nur mit viel Glück und vielleicht dem Umstand, dass an der Jurastrasse wenige Familien mit Kindern wohnen, ist es zu verdanken, dass bisher noch nicht mehr passierte.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:

- 1. Wieso hat es auf der Höhe der Jurastrasse 26 keinen Fussgängerstreifen?
Auf der Kreuzung Aarwangenstrasse-Jurastrasse ist sonst jede Strassenseite mit jeder verbunden. Die Jurastrasse hat nur im untersten Drittel gegen den Bahnhof zwei Fussgängerstreifen, im oberen Bereich rechnet man offenbar nicht mit Querungen.*
- 2. Durch die Verkehrsberuhigungsmassnahmen der Bahnhofstrasse haben sich die Raser ganz auf die Jurastrasse konzentriert. Sind die Massnahmen («Leichte Kissen» mit Haifischzähnen) der Bahnhofstrasse auch auf der Jurastrasse möglich?*
- 3. Bereits vor Jahren wurden auf der Höhe der ehemaligen EK Langenthal Geschwindigkeitsmessungen und -aufzeichnungen gemacht. Da diese aber im Kurvenbereich gemacht wurden, waren die Werte wenig aussagekräftig. Ist eine erneute Aufzeichnung auf der «Geraden» während den beschriebenen Zeiten möglich?*
- 4. Ist eine erhöhte Polizeipräsenz in besagten Nächten möglich? Diese würde auch noch den littering-geplagten Anwohnern zugute kommen."*

Helena Morgenthaler und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-